

# Für eine europäische Katastrophenschutztruppe: europe aid

Bericht von Michel Barnier



**Weitere Auskünfte:** [Jean-Marc.Pisani@ec.europa.eu](mailto:Jean-Marc.Pisani@ec.europa.eu)

Fotos: • Satellite image over New Orleans © cnes 2005 – Distribution Spot Image – all rights reserved  
• Satellite image over Balakot (Pakistan): data © Space Imaging 2005  
• Map over Banda Aceh: map created by DLR: data © Space Imaging 2005

Mai 2006

# Für eine europäische Katastrophenschutztruppe: europe aid

Bericht von Michel Barnier

ehemaliger französischer Außenminister  
ehemaliges Mitglied der Europäischen Kommission



## Danksagung

Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, und der amtierende Vorsitzende des Europäischen Rates, Wolfgang Schäuble, haben mir mit diesem Auftrag die Möglichkeit gegeben, ein Projekt mit einem eindeutigen europäischen Mehrwert vorzuschlagen, dessen Umsetzung keinen Aufschub duldet. Das Europäische Parlament hat bereits mehrfach zu dieser neuen Form der Solidarität aufgerufen.

Im Rahmen dieser Aufgabe bin ich zahlreichen Kolleginnen und Kollegen wieder begegnet, mit denen ich als Mitglied der Kommission oder als Minister gerne zusammengearbeitet habe. Ihnen möchte ich meinen persönlichen Dank aussprechen. Mein Dank gilt auch allen europäischen Beamten, die mir mit Rat und Tat beiseite gestanden haben. Unter ihnen möchte ich ganz besonders Jean-Marc Pisani für seine Kompetenz und Verfügbarkeit als Berichterstatter in den vergangenen vier Monaten danken sowie Isabelle Richard-Misrachi für ihre Zuverlässigkeit und ihre effiziente Arbeit.

Die zwölf Vorschläge dieses Berichts habe ich in alleiniger Verantwortung verfasst. Sie geben meine persönliche Meinung wider. Bei der Ausarbeitung der Vorschläge habe ich mich um realistische und weitsichtige Planung bemüht. Realistische Planung zum einen, um gewissen Vorbehalten und Erwägungen der Umsicht Rechnung zu tragen, aber auch in Bezug auf die Krisen und Katastrophen, die wir sehr wahrscheinlich werden bewältigen müssen.

Um das Ausmaß der Vorschläge konkret ermessen zu können, müssen sie im Zusammenhang mit dem künftigen europäischen Außenminister gesehen werden. Das Amt des europäischen Außenministers ist im Verfassungsvertrag vorgesehen und muss auf die eine oder andere Weise in den kommenden Jahren geschaffen werden. Aus diesem Grund habe ich für die Realisierung der zwölf Vorschläge einen Zeitplan von vier Jahren angesetzt. Die einzelnen Stufen sind so flexibel gestaltet, dass alle Mitgliedstaaten und – hoffentlich – auch alle europäischen Bürger sie verstehen und mittragen können.



ehemaliger französischer Außenminister  
ehemaliges Mitglied der Europäischen Kommission

9. Mai 2006

# Übersicht

<b>Einleitung: Europa ist notwendig</b>	<b>7</b>
---	----------

<b>Zwölf Vorschläge zur Verbesserung des Krisenmanagements der Europäischen Union</b>	<b>11</b>
---	-----------

1. Den Aufbau einer europäischen Katastrophenschutztruppe „europe aid“	12
2. Die sieben Gebiete in äußerster Randlage als Stützpunkte für die Katastrophenschutztruppe	16
3. Die Einrichtung eines Rats „Zivile Sicherheit“ und die Stärkung der Rolle des Rates „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“	17
4. Eine „einheitliche Anlaufstelle“ für humanitäre Maßnahmen	18
5. Ein „integriertes europäisches Vorgehen“ im Vorfeld von Krisen	19
6. Die Spezialisierung von sechs regionalen Delegationen der Europäischen Union auf die Bewältigung von Krisen	20
7. Ein klares Informationssystem für den Unionsbürger	21
8. Eine gemeinsame Nutzung der konsularischen Ressourcen	22
9. Die Einsetzung mobiler konsularischer Einsatzteams	23
10. Die Errichtung „europäischer Konsulate“ in vier Testgebieten	24
11. Die Einführung eines europäischen konsularischen Kodex	24
12. Eine Spezialisierung von Laboratorien zur Bekämpfung des Bioterrorismus und zur Identifizierung der Opfer	25

<b>Vorgeschlagener Zeitplan</b>	<b>26</b>
---------------------------------	-----------

<b>Technischer Bericht: Bestandaufnahme und Analyse der künftigen Bedürfnisse</b>	<b>31</b>
---	-----------

Einführung	31
------------	----

Krisensituationen und derzeitige Instrumente der Europäischen Union	33
---	----

1. Krisensituationen	33
A. Naturkatastrophen	33
B. Komplexe humanitäre Krisen	33
C. Die Konflikte	33

2. Die Instrumente der Europäischen Union	34
A. Maßnahmen im Vorfeld der Reaktionen auf Krisen	34
B. Nothilfe	37
C. Langfristige Maßnahmen vorbereiten	40

Für die Zukunft : Genauere Ermittlung des Bedarfs	43
---	----

1. Verbesserung der Krisenreaktionsmaßnahmen der Europäischen Union	43
2. Reaktion auf Katastrophen	43
3. Humanitäre Hilfe	46
4. Reaktion auf politische Krisen	48
5. Hilfe für europäische Bürger	49

## **Anhänge** **51**

Anhänge 1 : Auftragbeschreibung	51
Anhänge 2 : Instrumentarium der Europäischen Union	52
Anhänge 3 : Wiedereingliederung und Wiederaufbauhilfe für die vom Tsunami betroffenen Länder	53
Anhänge 4 : Im Rahmen des Auftrags geführte Gespräche	54
Anhänge 5 : Herangezogene Dokumente	60

## **Karten und Diagramme**

Karte Nr. 1 Maßnahmen des MIC innerhalb und außerhalb der EU seit 2002	16
Karte Nr. 2 ECHO-Maßnahmen und regionale Einrichtungen 2005	21
Karte Nr. 3 Präsenz der Delegationen der Europäischen Kommission in der Welt und relative Präsenz der Mitgliedstaaten	22
Karte Nr. 4 Zivile Krisenbewältigungsmaßnahmen und Einsätze mit Krisenreaktionsmechanismus (2001-2006)	34
Diagramm Nr. 1 Naturkatastrophen und vom Menschen verursachte Katastrophen innerhalb und außerhalb der EU (1999-2006)	10
Diagramm Nr. 2 Krisenzyklus	19



# Einleitung

## Europa ist notwendig

*„Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht als Gesamtwerk: Es wird durch konkrete Leistungen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tatsachen schaffen.“*

*Robert Schuman, 9. Mai 1950*

Der amtierende EU-Ratspräsident, Wolfgang Schäuble, und der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, haben mich im Januar 2006 beauftragt, einen Bericht über die Reaktionsfähigkeit der Europäischen Union auf grenzüberschreitende Krisen und Katastrophen auszuarbeiten und dem Europäischen Rat auf seiner Tagung im Juni vorzulegen.

Seit der Tsunami-Katastrophe vom 26. Dezember 2004 ist die Europäische Union bemüht, an der Seite anderer Akteure, in erster Linie der Vereinten Nationen, ihre Reaktionsfähigkeit in Krisenfällen zu verbessern. Seit Januar 2005 liegt ihren humanitären Maßnahmen ein Aktionsplan zugrunde. Ebenfalls seit diesem Zeitpunkt haben die turnusgemäß amtierenden EU-Ratspräsidenten unter Beweis gestellt, dass sie die Einsatzmittel für solidarische Hilfsleistungen innerhalb und außerhalb Europas verbessern wollen.

Die Tsunami-Katastrophe hat uns gezeigt, dass die **Kosten eines Europa ohne koordiniertes Krisenmanagement** zu hoch sind. Zum einen kommen in Hektik organisierte nationale Einzelmaßnahmen zur Krisenbewältigung in keiner Weise einem geplanten, organisierten und auf der Grundlage präziser Krisenszenarien getesteten europäischen Krisenmanagement gleich. Zum anderen haben die Vielzahl nationaler Einzelmaßnahmen und die mangelnde Koordinierung dazu geführt, dass die Europäische Union vor Ort nichts bewirken konnte und wenig sichtbar war. Nur eine auf Krisenszenarien, Schulungen und gemeinsame Übungen gestützte Organisation der Katastrophenschutzkapazitäten und der konsularischen Dienste der Mitgliedstaaten wird eine günstigere und wirksamere Krisenbewältigung der Europäischen Union ermöglichen.

Bei der Ausarbeitung dieses strategischen Berichts habe ich selbstredend dem Stand der zahlreichen Arbeiten des Rates (insbesondere auf Ebene des Ausschusses der Ständigen Vertreter) und der Kommission zu diesem Thema Rechnung getragen. Ich habe mit Vertretern mehrerer Mitgliedstaaten Gespräche geführt. Auch die Kommission und das Generalsekretariat des Rates haben Beiträge geliefert.

Zudem wollte ich die Arbeiten in eine **politische Perspektive** einfügen.

Ich habe mich daher bewusst für eine mittelfristige Planung entschieden: die Vorschläge sollen bis zum Jahr 2010 umgesetzt werden. Zu diesem Zeitpunkt werden die Länder der Europäischen Union auf die eine oder andere Weise das **in der Verfassung vorgesehene Amt des europäischen Außenministers, das sie alle gewollt und dem sie in Rom zugestimmt haben, geschaffen haben**, und die Zusammenarbeit von Rat, Kommission und Mitgliedstaaten im Bereich auswärtiges Handeln der Europäischen Union wird besser funktionieren. Ich wünsche mir, dass jede Leserin und jeder Leser dieser Seiten die Anstrengung machen wird, sich in die mittelfristige Zukunft zu projizieren. Nur auf diese Weise wird es uns gelingen können, die derzeitigen Blockaden und Unzulänglichkeiten zu überwinden. Ich hoffe auch, dass wir keine neue Katastrophe brauchen, um unser Denken, unsere Mittel und Kapazitäten in die richtige Richtung weiterzuentwickeln.

In meiner Auftragsbeschreibung<sup>1</sup> wird die Frage aufgeworfen, wie die Europäische Union ihre Reaktionsfähigkeit auf Krisen **außerhalb der Europäischen Union** verbessern kann.

1. Anhang 1  
Auftragsbeschreibung  
von Präsident Barroso  
und Ratspräsident  
Schäuble.



Externe Krisen haben im Vergleich zu Krisen innerhalb der Union eine besondere Dimension:

- ➔ Sie betreffen **souveräne Staaten**, die frei über ihre Krisenbewältigung und die Frage, ob sie Hilfe von außen wollen oder nicht, entscheiden können.
- ➔ Die politische Koordinierung der Maßnahmen zur Krisenbewältigung obliegt der **Präsidentschaft der Europäischen Union** in enger Zusammenarbeit mit den **Vereinten Nationen**, den **nationalen und lokalen Behörden des Drittstaats** und einschlägig tätigen **Nichtregierungsorganisationen**. Wie lässt sich erreichen, dass alle Beteiligten rascher zu einer wirksameren Entscheidung gelangen?
- ➔ Der Union stehen **vielfältige Instrumente** zur Verfügung. Zum einen kann natürlich auf die nationalen oder regionalen Einsatzmittel des Katastrophenschutzes zurückgegriffen werden. In jedem Fall sind wir im Wege der humanitären Hilfe präsent, die auf internationaler Ebene durch die Vereinten Nationen, auf europäischer Ebene durch ECHO<sup>2</sup> koordiniert wird. Darüber hinaus werden die Wiederaufbauprogramme der Europäischen Union durchgeführt. Wie kann die Zusammenlegung der verschiedenen Mittel und deren Synergiewirkung verbessert werden?
- ➔ Diese häufig weit von Europa entfernt stattfindenden Krisen gehen über die Kapazitäten eines einzigen Landes hinaus und erfordern eine **Projektion der verfügbaren Kapazitäten**. Bislang steht eine derartige Projektion der verfügbaren Kräfte und Einsatzmittel nicht zur Verfügung.
- ➔ Schließlich erfordern solche Krisen die **konsularische Unterstützung**. Europäische Bürger, die sich fern von ihrem Herkunftsstaat befinden, sind natürlich schutzbedürftiger. Im Jahr 2003 hielten sich mehr als 30 Millionen Europäer im Ausland auf. Dank der sinkenden Flugpreise wird diese Zahl in den kommenden Jahren weiter ansteigen. Die Tsunami-Katastrophe im Indischen Ozean vom 26. Dezember 2004 hat etwa 20000 Menschenleben gefordert; Tausende von Menschen gelten als vermisst. Allein in Thailand waren unter den Toten 2500 ausländische Touristen, darunter zahlreiche Europäer. In diesem Zusammenhang stellt sich folgende Frage: Wollen und können die Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Hilfsdienstleistungen für ihre in Not befindlichen Bürger zusammen verbessern?

Wenn die Mitgliedstaaten und die europäischen Organe den Vorschlägen dieses Berichts folgen und eine deutliche Verbesserung der europäischen Krisen- und Katastrophenbewältigung beschließen, **gilt dies selbstverständlich für Krisen weit ab von Europa ebenso wie für Katastrophen im Hoheitsgebiet der Europäischen Union**. 1999 erschütterte ein Erdbeben zur gleichen Zeit die Türkei und Griechenland. Ich erinnere daran, dass auch die Stadt Messina in Sizilien 1908 von einem Erdbeben und einer Flutwelle heimgesucht worden ist, bei denen es 100000 Menschenleben zu beklagen gab. Die Katastrophe von Tschernobyl, die gerade zwanzig Jahre zurückliegt und die sich in direkter Nachbarschaft der Union ereignete, hat ganz Europa berührt. Seit den Anschlägen von London und Madrid wissen wir, dass ein „europäischer 11. September“ in den Bereich des Möglichen gerückt ist.

## Europa ist notwendig

Die Bürger unserer Länder brauchen **neue Beweise des „Mehrerts“**, der ihnen durch Europa entsteht. Das haben sie uns bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden überdeutlich mitgeteilt.

Gleichgültig, um welche Art von Katastrophe es sich handelt – seien es die Erdbeben oder die heftigen Stürme von 1999, Notfälle wie die Havarie der *Erika* oder der Untergang der *Prestige*, die Hochwasserkatastrophen in Mitteleuropa im Jahr 2002 und auch in diesem Jahr, die Tsunami-Katastrophe oder die Tragödie in Pakistan – **jedes Mal wird die Solidarität der Europäer erwartet, werden die Union und ihre Mitgliedstaaten zu Hilfeleistungen aufgefordert**.

Eine bessere europäische Krisenbewältigung entspricht natürlich einer bestehenden Beistandspflicht und zugleich der Erwartung, die die Bürger an die Politik haben. Sie bildet seit nunmehr 50 Jahren den Kern des europäischen Projekts. **Seit 1950 bauen wir auf Solidarität zwischen den europäischen Völkern – doch darüber hinaus auch auf unsere Solidarität mit den anderen Völkern der Welt**.

Es ist kein Zufall, dass diese Forderung nach Solidarität ihren Ausdruck in zwei unlängst beschlossenen Initiativen findet. Diese sind:

- ➔ der **Solidaritätsfonds der Europäischen Union**, der 2002 auf Vorschlag der Mitglieder der Prodi-Kommission nach den Überschwemmungen in Deutschland, Österreich und der Tschechischen Republik eingerichtet wurde und aus dem jährlich Mittel in Höhe von maximal 1 Mrd. EUR für betroffene Regionen in Europa bereitgestellt werden können.

→ Die Aufnahme einer **Solidaritätsklausel** zwischen den Mitgliedstaaten der Union, die in Artikel I-43 des **Entwurfs für eine europäische Verfassung** vorgeschlagen wird. Die Klausel sieht vor, dass die Europäische Union alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Mittel, mobilisiert, um die demokratischen Institutionen und die Zivilbevölkerung vor etwaigen Terroranschlägen zu schützen und im Falle einer Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe zu unterstützen.

Jenseits unseres Kontinents werden die gleichen Bedürfnisse laut und die gleichen Beweise gefordert. Die instabile internationale Lage, die neuen Bedrohungen und die Umweltrisiken zwingen uns dazu. Die Bürger fordern es von uns, unablässig; noch im Dezember 2005<sup>3</sup> sprachen sich 77% der europäischen Bürger für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus, 68% der Befragten votierten für eine gemeinsame Außenpolitik.

Javier Solana hat die fünf großen Bedrohungen für Europa in seinem Strategiepapier benannt<sup>4</sup>: Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, Staatszerfall (failed states), Organisiertes Verbrechen. Die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind verpflichtet, sich zu schützen und auf diese neuen geopolitischen Bedrohungen zu reagieren. Dabei liegt ein gemeinsamer Schutz auch in ihrem Interesse.

Da die Verträge sind wie sie sind und die Risiken und Gefahren auch, **können und müssen wir den Willen und die Mittel aufbringen, jetzt stärker als bisher gemeinsam zu handeln.**

Früher oder später, auf die eine oder die andere Weise, werden wir allerdings die Antworten brauchen, die im Entwurf für den Vertrag für eine Verfassung für Europa vorgesehen sind. Dazu zählen insbesondere folgende Neuerungen:

- 1.** ein **europäischer Außenminister**, dem die für auswärtiges Handeln zuständigen Dienststellen (Außenbeziehungen, Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe) unterstehen; letztere werden in eine Dienststelle zusammen geführt werden; ein europäischer Auswärtiger Dienst, auf den sich der Außenminister bei der Erfüllung seines Auftrags stützt (Art. III -296);
- 2.** die bereits erwähnte **Solidaritätsklausel** (Art. I-43) und ihre Anwendungsmodalitäten (Art. III-329);
- 3.** eine **europäische Politik zur Verhütung von Naturkatastrophen und zum Schutz vor solchen Katastrophen** (Art. III -284);
- 4.** **Maßnahmen der Union im Bereich der humanitären Hilfe**, deren Rahmen die Grundsätze und Ziele des auswärtigen Handelns der Union bilden (Art. III - 321);
- 5.** eine **Gesundheitspolitik**, durch die insbesondere weit verbreitete schwere Krankheiten bekämpft werden können (Art. III - 278);
- 6.** die **verstärkte Zusammenarbeit** (Art. I-44 und III-416 bis III-423), durch die die Mitgliedstaaten, die dies wollen, bestimmte Projekte weiter und schneller voranbringen können.

## Was Europa bereits tut

Schon Anfang der 90er Jahre hat die Europäische Union **humanitäre Hilfsmaßnahmen in Notsituationen** ergriffen<sup>5</sup>. 1992 wurde das Amt für humanitäre Hilfe (ECHO) eingerichtet. Die Kommission ist - wie andere Mitgliedstaaten auch - bereits sehr engagiert im Rahmen der „Good Humanitarian Donorship Initiative“ und im Rahmen der „Gruppen zur Unterstützung der Geber“ des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) und der UN-Abteilung für humanitäre Angelegenheiten (DHA).

Im Jahr 2001 legte Margot Wallström, die zu diesem Zeitpunkt als Mitglied der Kommission für Umweltfragen zuständig war, einen Vorschlag für die Einführung eines Gemeinschaftsverfahrens für den Katastrophenschutz vor, mit dem bei Ausbruch einer Krise innerhalb und außerhalb der Europäischen Union Solidaritätsmaßnahmen ausgelöst werden können. Diese Maßnahmen bestehen heute je nach Situation aus der Zusammenlegung bestimmter Ressourcen der Mitgliedstaaten (z.B. Transport und Logistik, Ausrüstung, medizinisches Personal). Sie dienen der Bewältigung von Naturkatastrophen<sup>6</sup> und vom Menschen verursachter Katastrophen (z.B. Industrie- oder Seeunfälle, Terroranschläge).

Außerdem wollte die Europäische Union **ihre Reaktion auf die humanitäre Notsituation** weiterentwickeln und **durch längerfristige Maßnahmen ergänzen**<sup>7</sup>. Zu den wichtigsten humanitären Maßnahmen Europas zählen die Vorbereitung des Wiederaufbaus und die Stabilisierung politischer

3. Eurobarometer-Umfrage Nr. 64 Dezember 2005.

4. Europäische Sicherheitsstrategie – vorgeschlagen vom Generalsekretär/Hohen Vertreter Javier Solana und angenommen von den Staats- und Regierungschefs auf der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel vom 12. Dezember 2003.

5. Nähere Einzelheiten finden Sie im Bericht über die technische Durchführung, S. 37-40.

6. Entscheidung des Rates vom 23. Oktober 2001 über ein Gemeinschaftsverfahren zur Förderung einer verstärkten Zusammenarbeit bei Katastrophenschutzmaßnahmen.

7. Siehe Bericht über die technische Durchführung, S. 40-42.

8. Verordnung (EG) Nr. 381/2001 des Rates vom 26. Februar 2001 zur Schaffung eines Krisenreaktionsmechanismus.

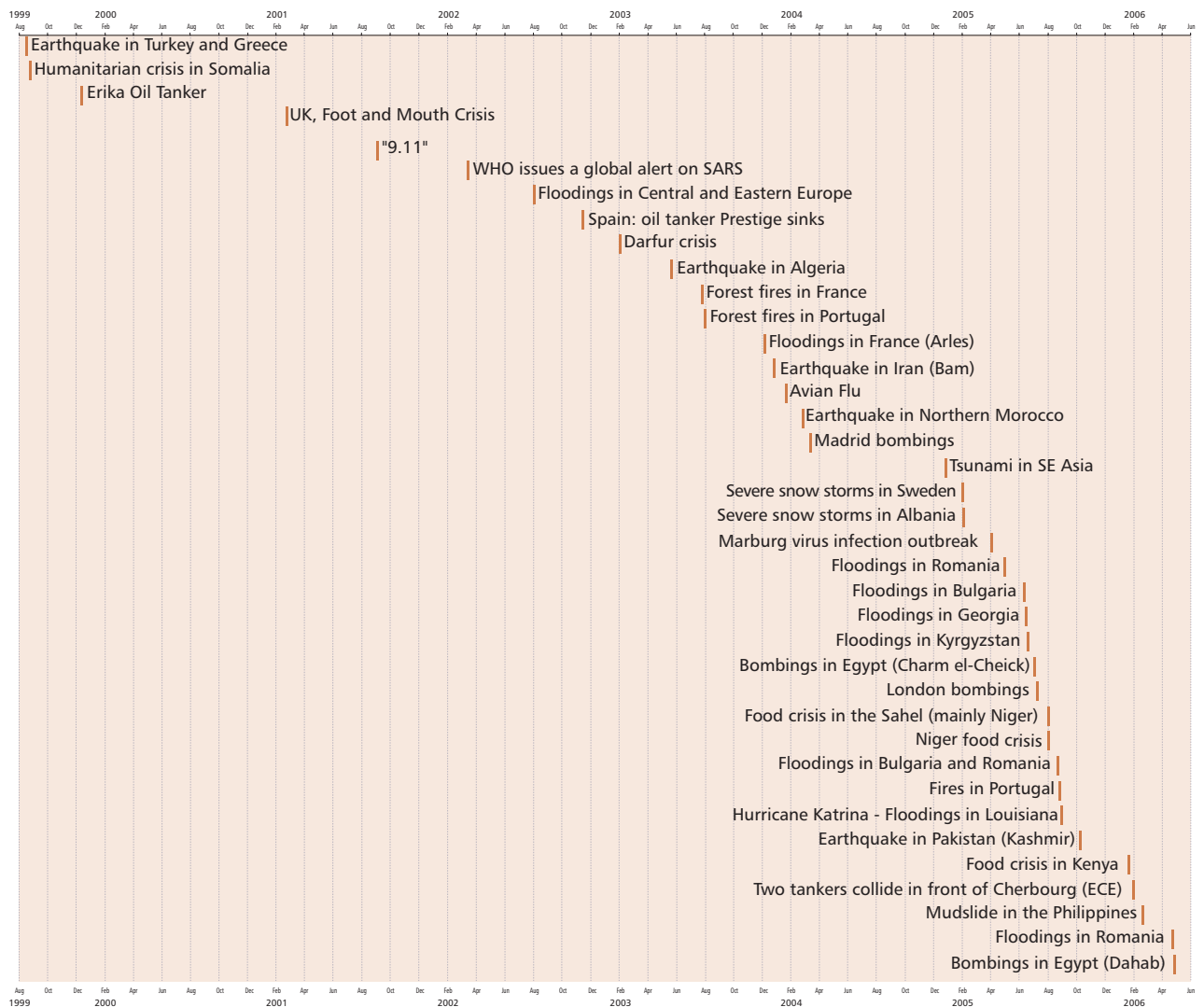
Situationen. Dabei spielen die humanitäre Hilfe und der Krisenreaktionsmechanismus<sup>8</sup> eine ebenso wichtige Rolle wie die großen Wiederaufbauprogramme.

Dem Engagement von Javier Solana und dem Rat der Europäischen Union ist es zu verdanken, dass die zivilen Krisenbewältigungsmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) die einschlägigen Bestimmungen seit 2003 ergänzen und auf Krisen mit einer gemeinsamen außen- oder sicherheitspolitischen Dimension wirksam reagiert werden kann. Derzeit laufen zwölf Einsätze, z.B. in Bosnien (Balkanstaaten), Rafah (Palästina) und Aceh (Indonesien).

Ausgehend von dem Erreichten und unter Berücksichtigung der gesammelten Erfahrungen habe ich zwölf konkrete und rasch umsetzbare Vorschläge ausgearbeitet, denen drei Anliegen zugrunde lagen:

- 1. Verbesserung der Wirksamkeit der humanitären Hilfe und des Katastrophenschutzes**
- 2. wirksamerer Schutz und Beistand für die europäischen Bürger**
- 3. bessere Abstimmung der einzelnen Maßnahmen**

**Diagramm Nr. 1:** Naturkatastrophen und vom Menschen verursachte Katastrophen innerhalb und außerhalb der EU (1999-2006)



# Zwölf Vorschläge zur Verbesserung des Krisenmanagements der Europäischen Union

Unsere **zwölf Vorschläge** zur Verbesserung des Krisenmanagements der Europäischen Union stützen sich auf die Ausführungen im zweiten Teil des Berichts und auf die Arbeiten und Diskussionen im Rat, in der Kommission, im Europäischen Parlament und in den Mitgliedstaaten.

Die Vorschläge, für deren Realisierung ein **Zeitplan von vier Jahren** vorgesehen ist, appellieren zu einem großen Teil an das freiwillige **Engagement der Mitgliedstaaten**.

Wir schlagen Folgendes vor:

- 1.** den Aufbau einer europäischen Katastrophenschutztruppe „europe aid“
- 2.** die sieben Gebiete in äußerster Randlage als Stützpunkte für die Katastrophenschutztruppe
- 3.** die Einrichtung eines Rats „Zivile Sicherheit“ und die Stärkung der Rolle des Rates „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“
- 4.** eine „einheitliche Anlaufstelle“ für humanitäre Maßnahmen
- 5.** ein „integriertes europäisches Vorgehen“ im Vorfeld von Krisen
- 6.** die Spezialisierung von sechs regionalen Delegationen der Europäischen Union auf die Bewältigung von Krisen
- 7.** ein klares Informationssystem für den Unionsbürger
- 8.** eine gemeinsame Nutzung der konsularischen Ressourcen
- 9.** die Einsetzung mobiler konsularischer Einsatzteams
- 10.** die Errichtung „europäischer Konsulate“ in vier Testgebieten
- 11.** die Einführung eines europäischen konsularischen Kodex
- 12.** eine Spezialisierung von Laboratorien zur Bekämpfung des Bioterrorismus und zur Identifizierung der Opfer

# 1. Wir schlagen den Aufbau einer europäischen Katastrophenschutztruppe „europe aid“ vor

Mit dem Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz<sup>9</sup> konnte die Koordinierung der Katastrophenschutzkräfte der Mitgliedstaaten sowohl bei Krisen innerhalb als auch außerhalb der Europäischen Union ganz eindeutig verbessert werden. Dieses Verfahren beruht jedoch noch zu sehr auf Ad-hoc-Maßnahmen.

Ein Jahr nach der Tsunami-Tragödie müssen wir feststellen, dass es für die folgenden sieben Großrisiken auf europäischer Ebene weder **konkrete Krisenszenarien noch Einsatzprotokolle** gibt: **Erdbeben und Flutwellen, Großfeuer und Waldbrände, Überschwemmungen und Erdbeben, Industrie- und Nuklearunfälle, Terroranschläge, Schiffsunglücke, Pandemien**. Und dies gilt für **Krisen sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU**, für die in den entsprechenden Szenarien auch der Bedarf an humanitärer Hilfe anzugeben ist.

Die **bestehenden nationalen Kapazitäten** werden auf Ebene der Europäischen Union nicht gemeinsam genutzt. Dabei sind auf nationaler und regionaler Ebene entsprechende Ressourcen vorhanden, und die Mitgliedstaaten verfügen u. a. dank ihrer nationalen Krisenzentren durchaus über Kapazitäten zur Krisenprävention und –bewältigung. Die Europäische Union verfügt ihrerseits mit GMES über Möglichkeiten zur satellitengestützten Erdbeobachtung.

Die Kosten des Nicht-Europa machen sich - bedingt durch ein **fehlendes einheitliches europäisches Krisenmanagement**, zu dem Krisenszenarien, Protokolle und konkrete Einsatzmittel gehören – sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch bei der Wirksamkeit der Krisenbewältigung bemerkbar. **Um eine europäische Katastrophenschutztruppe aufzubauen, müssen schon im Vorfeld Vorkehrungen getroffen und die vorhandenen Kapazitäten zusammengelegt werden.**

**A.** Beim Aufbau einer europäischen Katastrophenschutztruppe sind **fünf Grundsätze** zu beachten:

**1. Subsidiarität sowohl gegenüber den Mitgliedstaaten als auch gegenüber den Vereinten Nationen:** Europäisches Krisenmanagement erfolgt unter Berücksichtigung der Kompetenzebenen in den einzelnen Mitgliedstaaten. Die Einsatzkräfte für die europäische Katastrophenschutztruppe werden unter Berücksichtigung der **nationalen und regionalen Kompetenzen** bereitgestellt: Für die Einsatzkräfte und die materielle Ausstattung des europäischen Katastrophenschutzes sind die Mitgliedstaaten auf nationaler oder regionaler Ebene zuständig. Eine Zentralisierung der Ressourcen in Brüssel kommt nicht in Betracht.

Die europäische Katastrophenschutztruppe greift nicht in Koordinierungskompetenzen der Vereinten Nationen ein. Mit einer solchen Einsatztruppe wird den **Erwartungen der Vereinten Nationen entsprochen**, die in einer europäischen Interventionszentrale eindeutige Vorteile gegenüber einer Vielzahl nationaler Interventionsstellen sehen.

**2. Freiwilligkeit und Agieren von der Basis aus (Bottom-up-Konzept):** Die Initiative liegt bei jedem einzelnen Mitgliedstaat, der sich an dieser Einsatztruppe beteiligen möchte.

Anhand einer im zweiten Teil des Berichts schematisch dargestellten Methode<sup>10</sup> haben wir ein „**Optionsmenü**“ aus gängigen Krisenszenarien mit einer entsprechenden Bedarfsanalyse zusammengestellt. Die Bestandteile dieses „Menüs“ entsprechen dem durchschnittlichen Bedarf an Ausrüstungen und nationalen Einsatzkräften, die Europa braucht, um auf Krisen reagieren und die europäische Katastrophenschutztruppe einsetzen zu können. Ein **präziser Zeitplan**<sup>11</sup> ermöglicht den stufenweisen Übergang von einer **möglichen Bereitstellung** zu einer **effektiven gemeinsamen Nutzung** der operativen Kapazitäten/Einheiten.

Der interessierte Mitgliedstaat wählt nach Belieben ein oder mehrere Elemente aus dem Menü aus und sorgt fortan für deren Finanzierung und Unterhalt in seinem Hoheitsgebiet. Diese **delegierte Verwaltung** geschieht „von unten nach oben“ auf freiwilliges Angebot der Mitgliedstaaten hin. Dabei wird selbstverständlich dem Bedarf nach Spezialisierung und Kohärenz des Ganzen Rechnung getragen.

**3. Europäische Solidarität:** Im Fall einer Krise innerhalb oder außerhalb Europas werden die Einsatzkräfte vorrangig in den Dienst Europas gestellt. Bei einer Krisensituation in einem Mitgliedstaat

9. Siehe Karte Nr. °1: Interventionen des BIZ innerhalb und außerhalb der Europäischen Union seit 2002.

10. Vgl. im Bericht über die technische Durchführung, das Kapitel über eine bessere Bedarfsanalyse für den Katastrophenschutz, S. 43-45.

11. Seiten 26-29.



werden die Kapazitäten von dem Mitgliedstaat eingesetzt, der sie unterhält, sofern sie nicht auf europäischer Ebene angefordert werden.

**4. Spezialisierung:** Die Mitgliedstaaten spezialisieren sich auf eine oder mehrere Krisensituationen, die den verschiedenen Katastrophenschutzszenarien entsprechen (Brände, Überschwemmungen, Erdbeben usw.), und treffen die entsprechenden Vorkehrungen. Die Mitgliedstaaten können sich in einer Fachgruppe für ein bestimmtes Risiko zusammenschließen und Katastrophenschutzseinheiten bilden, die sich effizient einsetzen lassen. Ein Beispiel für eine solche Spezialisierung ist die Zusammenarbeit von fünf Mitgliedstaaten in Südeuropa bei der Brandbekämpfung. Nach diesem Vorbild könnten z. B. die Küstenanrainer der Europäischen Union ihre Ressourcen zusammenlegen und eine europäische Küstenwache bilden.

**5. Offenheit:** Die europäische Katastrophenschutztruppe steht allen Ländern offen, die bereits am Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz teilnehmen (Bulgarien, Rumänien, Liechtenstein, Norwegen und Island), sowie den Nachbarländern der EU wie der Schweiz, Russland oder der Türkei.

**B.** Die europäische Einsatztruppe stützt sich auf **vorhandene Ressourcen der Mitgliedstaaten**. Daneben muss ihr auch die Möglichkeit gegeben werden, **zusätzliche Mittel anzuschaffen, die von den Mitgliedstaaten verwaltet werden, die sich hierzu bereit erklären:**

In den letzten Jahren ist es immer wieder zu Tankerunfällen gekommen, die eine Ölpest zur Folge hatten (Erika, Prestige). Dennoch fehlt es in Europa nach wie vor an Schiffen, die Öl auf hoher See auch bei Sturm abpumpen können. Ebenso gibt es keine ausreichende Zahl an Hochleistungspumpen für Überschwemmungsgebiete. Bei Krisen außerhalb Europas werden solche Geräte immer noch gemietet, statt sie gemeinsam selbst anzuschaffen. Die Frage der Anschaffung stellt sich auch bei Hubschraubern für Hilfeinsätze am Krisenort sowie bei Löschflugzeugen (Canadairs und Hubschraubern). Schließlich muss auch dringend dafür gesorgt werden, dass das Material, das für die Kommunikation zwischen den Einsatzkräften verwendet wird, kompatibel ist.

Die Europäische Union muss auf der Grundlage eines mehrjährigen Programms **dieses Material selbst anschaffen** – insbesondere Zeltlazarette, Hochleistungspumpen, Transportflugzeuge und Geräte für die Abwasserentsorgung – und **ihre Verwaltung den Mitgliedstaaten übertragen, die sich hierzu bereit erklären.**

Für den Transport von Hilfsgütern in abgelegene Gebiete sind entsprechende **Transportflugzeuge** von größter Wichtigkeit. Diese Frage muss unter Berücksichtigung der vorhandenen Instrumente (Vereinte Nationen, NATO), aber auch im Hinblick auf eine größere Sichtbarkeit der EU bei ihren Hilfeinsätzen im Ausland für die EU-Bürger und für die übrige Welt geprüft werden.

In den Krisenszenarien und Protokollen ist auch die **Ergänzung durch militärische Hilfsmittel** systematisch zu prüfen, um ein Höchstmaß an Integration zu gewährleisten und die Kosten für ihre Mobilisierung in Notfällen zu begrenzen. Im Krisenfall ist zunächst zu prüfen, ob die europäischen Kapazitäten ausreichen oder ob es aufgrund anderer Erfordernisse gerechtfertigt ist, auch die NATO einzubeziehen, insbesondere wenn unsere amerikanischen und kanadischen Partner in erheblichem Umfang an den Rettungseinsätzen teilnehmen.

In jedem Fall aber müssen die europäischen Einsatzmittel aufgestockt werden: 4 bis 5 Airbus A 400M (als Ersatz für die Hercules C-130) und Casa-Fluggeräte müssten für die Humanitäre Hilfe angeschafft werden. Die Flugzeuge würden von einem oder mehreren multimodalen Stützpunkten aus eingesetzt. Die Mitgliedstaaten, das Generalsekretariat des Rates, die künftige Einsatzzentrale und die Europäische Verteidigungsagentur sollten eng zusammenarbeiten.

**C.** Das **Verfahren** zur Einsetzung der europäischen Katastrophenschutztruppe gestaltet sich wie folgt:

**1.** Der Europäische Rat fasst einen Grundsatzbeschluss zum Aufbau einer europäischen Katastrophenschutztruppe. Die Europäische Kommission schlägt die Einrichtung dieser Katastrophenschutztruppe auf der Grundlage von Artikel 308 des Vertrags der Europäischen Gemeinschaften vor, der, solange es keinen Verfassungsvertrag gibt, als einzige Rechtsgrundlage in Frage kommt. Der Vorschlag sieht gleichzeitig die Einrichtung einer **Einsatzzentrale** im Rahmen

12. Bericht von Rolf Berend und dem Ausschuss für Regionalpolitik des Europäischen Parlaments über den Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF).

des BIZ vor sowie ein **gemeinsames Schulungsinstitut**. Für den Fall, dass dieser Vorschlag ein Jahr nach seiner Vorlage nicht einstimmig angenommen wird, könnte das Projekt im Wege einer **verstärkten Zusammenarbeit** zwischen acht Mitgliedstaaten weiter vorangebracht werden.

**2.** Die neue Einsatzzentrale wird für die von den teilnehmenden Mitgliedstaaten angebotenen nationalen Einsatzmittel eine technische Zulassung erteilen, um sicherzustellen, dass sie dem Bedarf entsprechen und bis zu einem gewissen Grad gleichwertig sind. Die Mitgliedstaaten bleiben für die Durchführung der Einsätze verantwortlich, bei denen die von ihnen bereitgestellten Ressourcen verwendet werden.

**3.** Die Errichtung der Einsatzzentrale erfordert keine Zuständigkeitsübertragung. Die Zentrale wird mit den derzeitigen BIZ-Teams besetzt und durch abgestellte nationale Experten ergänzt, die ihr Fachwissen einbringen.

**D.** Zusammen mit der europäischen Katastrophenschutztruppe wird eine **Einsatzzentrale** und ein **Schulungsinstitut für Katastrophenschutz und Humanitäre Hilfe** errichtet:

**1.** Die **Einsatzzentrale** erarbeitet Krisenszenarien und Einsatzprotokolle in enger Zusammenarbeit mit den Krisenzentren der Mitgliedstaaten und auch mit der zivil-militärischen Zelle, um den etwaigen strategischen Transport zur logistischen Unterstützung der Katastrophenschutztruppe und der humanitären Hilfe mit zu berücksichtigen. Eine Abteilung wird sich um die Betreuung und Nutzung von Satellitenanlagen in drei Bereichen (Navigation, Kommunikation und Beobachtung) kümmern.

Entsprechend dem Bottom-up-Konzept wird die Einsatzzentrale die Ausarbeitung der Krisenszenarien teilweise oder vollständig bestimmten spezialisierten Einrichtungen übertragen: So könnte das Europäische Zentrum für die Prävention und Bekämpfung von Seuchen in Stockholm in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz der Kommission Notfallpläne für Pandemien ausarbeiten. Mitgliedstaaten, die sich in bestimmten Bereichen besonderes Know-how angeeignet haben – z. B. die Krisen- und Katastrophenschutzbüros des italienischen Außenministeriums – könnten ihre Erfahrungen weitergeben und präzise Szenarien ausarbeiten. Entsprechend wird die Einsatzzentrale auch die Studien und Vorschläge heranziehen, die der Rat und insbesondere der EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung erstellt hat. Die Zentrale wird nicht zuletzt auch gemeinsame Übungen und Probeeinsätze in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten veranstalten.

**2.** Es wird ein **Schulungsinstitut für Katastrophenschutz und Humanitäre Hilfe** eingerichtet. Über den Sitz des Instituts entscheidet der Rat. Das Schulungsprogramm richtet sich an das Personal der europäischen Katastrophenschutztruppe, die angeschlossenen nationalen oder regionalen Einsatzgruppen sowie Gutachter, die für die Europäische Union tätig sind. Ausgebildet werden auch Evaluierungsteams (Vorschlag 5). Das Schulungsinstitut steht darüber hinaus NRO offen und unter bestimmten Voraussetzungen auch freiwilligen Helfern, die über einschlägige Fachkenntnisse für die Teilnahme an Rettungs- und Hilfeinsätzen verfügen.

**E.** Die europäische Katastrophenschutztruppe wird wie folgt finanziert:

**1. Jahresbeitrag in Höhe von 10% aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union**, der zurzeit mit einer Milliarde Euro jährlich ausgestattet ist, entsprechend dem Bericht Berend<sup>12</sup>. Die **materielle Ausstattung** der Einsatzzentrale und des Schulungsinstituts erfolgt auf der Grundlage eines mehrjährigen Programms.

**2.** Ein Teil der Ausstattung der Katastrophenschutztruppe könnte – zusätzlich zu den von den Mitgliedstaaten direkt getätigten Anschaffungen – auch über den Beitrag aus dem EU-Solidaritätsfonds finanziert werden. Auf diese Weise könnte ein Beitrag zu den **Leistungen der Mitgliedstaaten und zur Kohäsion in einer Europäischen Union mit 25 Mitgliedstaaten erbracht werden. Diese Anschaffungen werden von den Mitgliedstaaten verwaltet.**

**3.** Die Koordinierung zwischen Katastrophenschutz und humanitärer Hilfe (Vorschlag 4) würde es erlauben, die externen Katastrophenschutzmaßnahmen aus dem Budget für ECHO zu finanzieren, falls die Mittel aus dem Solidaritätsfonds nicht ausreichen.

4. Bei einer Krise innerhalb der Europäischen Union trägt der Mitgliedstaat, der die europäische Einsatzgruppe angefordert hat, die mit der Bereitstellung von Einsatzmitteln anderer Mitgliedstaaten verbundenen Kosten, sofern der Rat ihn nicht davon freistellt.

F. Die **Rechtssicherheit für die europäische Katastrophenschutztruppe innerhalb der EU** wird durch eine **Verordnung des Rates zur Deckung der mit Katastrophenschutz Einsätzen innerhalb der Europäischen Union verbundenen Risiken** gewährleistet. Bei Einsätzen innerhalb der Europäischen Union gelten die für Auslandseinsätze bestehenden Vereinbarungen nicht.

G. Die **Sichtbarkeit der Katastrophenschutztruppe wird durch ein prägnantes Logo gewährleistet:**

Um europäische Hilfseinsätze sichtbarer zu machen, muss die Kommunikation nach außen vereinfacht werden.

Das Logo „EuropeAid“ wird zwar bereits von der Europäischen Union verwendet, doch **kommt der Sichtbarkeit von Sofortmaßnahmen eine so große Bedeutung zu**, dass die bestehende Terminologie zu ergänzen ist und die Bedeutung des Logo erweitert werden muss, damit es sowohl für Kriseneinsätze innerhalb als auch außerhalb der EU verwendet werden kann.

Für EU-Bürger ist die Sichtbarkeit des Logos gewährleistet, insbesondere wenn es auf der Kleidung der Einsatzkräfte oder auf den Flugzeugen angebracht ist, die Hilfsgüter transportieren.

## Wir schlagen eine einheitliche Uniform für das Personal der Katastrophenschutztruppe vor

Für die Einsatzkräfte vor Ort ist Sichtbarkeit von größter Bedeutung. Während der Tsunami-Katastrophe wurde bemängelt, dass die europäischen Hilfskräfte im Verhältnis zu dem beträchtlichen Ausmaß der von den Europäern insgesamt geleisteten Hilfe nicht sichtbar genug waren<sup>13</sup>.

Eine einheitliche Uniform für das im Rahmen der europäischen Katastrophenschutztruppe tätige Personal würde das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer europäischen Einsatzgruppe stärken. Eine solche Uniform sollte sich an den besten in den Mitgliedstaaten bereits existierenden Modellen orientieren.

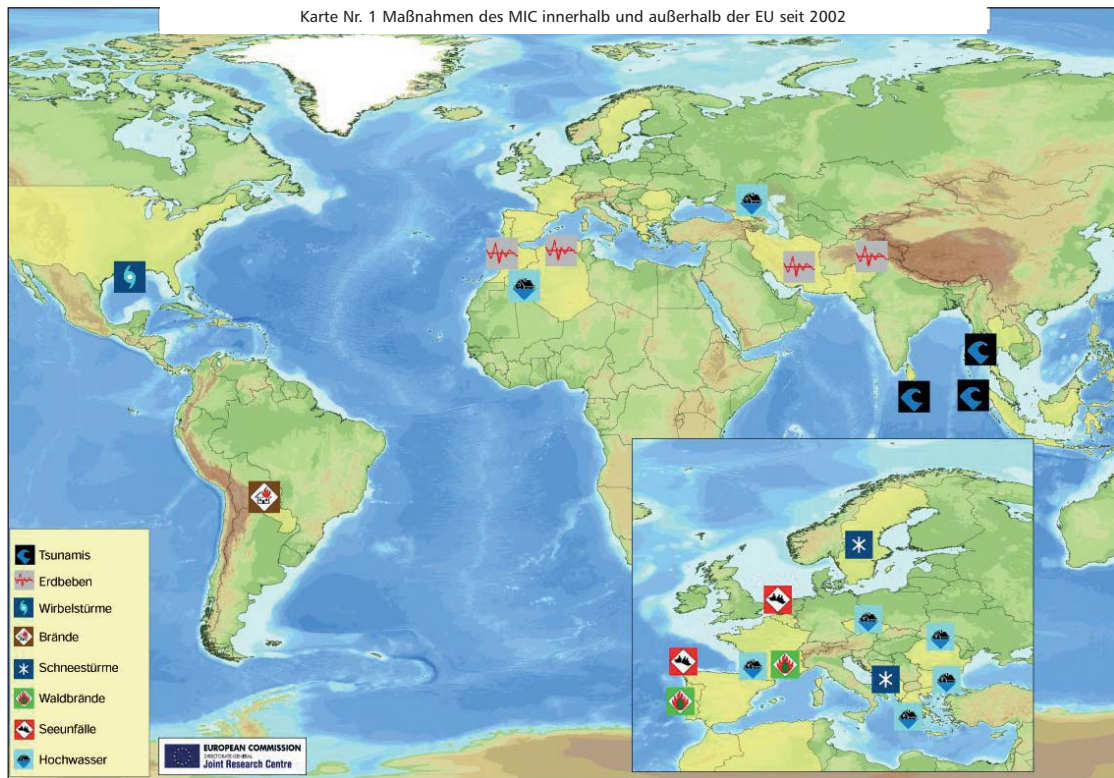
Auf der Uniform muss die Europafahne mit dem Logo „Europe Aid“ und die Fahne des Landes sichtbar sein, dem die betreffende Person angehört.



# EUROPE AID

NATIONAL-  
FLAGGE

13. Siehe Anhang 3 Rehabilitation und Hilfe für den Wiederaufbau der vom Tsunami betroffenen Länder.



## 2. Wir schlagen die sieben Gebiete in äußerster Randlage als Stützpunkte für die Katastrophenschutztruppe vor

Für die Reaktionsfähigkeit der Europäischen Union in Krisenfällen ist ihre geografische Lage von großem Vorteil.

Mit ihren sieben Gebieten in äußerster Randlage ist die Europäische Union – wenn man von den überseeischen Ländern und Hoheitsgebieten im Pazifik absieht - vor der Küste Afrikas (Kanarische Inseln und Madeira), im Indischen Ozean (Réunion), im Herzen Lateinamerikas (Französisch-Guyana), in der Nähe von Mittel- und Nordamerika (Guadeloupe und Martinique) sowie mitten im Atlantik (Azoren) präsent.

Diese europäischen Gebiete in äußerster Randlage – aber nicht nur diese - eignen sich als Stützpunkte für die Positionierung der Logistik und die Lagerung lebensnotwendiger Güter. Europäische Hilfskräfte und Hilfsgüter könnten von diesen Stützpunkten bei humanitären Kriseneinsätzen außerhalb der Europäischen Union problemlos eingesetzt werden.

Die Mitgliedstaaten und die Einsatzzentrale dürften gemeinsam zu einer optimalen Positionierung der Einsatzmittel gelangen. Auf diese Weise hat das französische Rote Kreuz seine Einsatzteams für humanitäre Krisen gebildet. Diese bereits konstituierten Teams sind fachlich spezialisiert (medizinische Grundversorgung, Notfallkrankenhaus, Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung, Telekommunikation, Logistik, Verteilung) und stehen auf Abruf bereit. Das Rote Kreuz kann auf diese Weise von der Insel Réunion aus über eine regionale Krisenplattform (Plateforme Régionale d'Intervention Rapide pour l'Océan Indien (PIROI)), die mit lebensnotwendigen Gütern zur Trinkwasserversorgung und Cholerabekämpfung sowie mit Zelten, Medikamenten usw. ausgestattet ist, intervenieren und seine Einsatzteams in weniger als 24 Stunden vor Ort bringen. Eine ähnliche Struktur existiert in der Karibik und eine weitere ist im Pazifik geplant.

Die Europäische Union sollte ihre Einsatzgruppe ähnlich organisieren.

### 3. Wir schlagen die Einrichtung eines Rates „zivile Sicherheit“ und die Stärkung der Rolle des Rates „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ vor

Diese Vorschläge sind auf **die schlimmsten länderübergreifenden Katastrophen** ausgelegt, die die Europäische Union **innerhalb oder außerhalb Europas** treffen können (Tsunami, Terroranschläge, Pandemien). Die laufenden Arbeiten des Rates und der Kommission werden hierbei berücksichtigt.

**1.** Der Rat „zivile Sicherheit“ wird auf der Grundlage bestehender „Koordinierungsvereinbarungen“ eingerichtet und geht aus der „Krisenlenkungsgruppe“ hervor. Er wird vom Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs eingesetzt. Ihm gehören der Ratspräsident, der Kommissionspräsident, der Generalsekretär/Hohe Vertreter für die GASP, der oder die betroffene(n) Mitgliedstaat(en) und der Generalstabschef der Europäischen Union an, die ihre Vertreter abordnen können. Der Kommissionspräsident kann das in Zukunft für Katastrophenschutz und humanitäre Soforthilfe zuständige Kommissionsmitglied entsenden.

**2.** Der Rat „zivile Sicherheit“ tritt auf Antrag des Vorsitzes des Rates der Europäischen Union unverzüglich zusammen. Er wird vom amtierenden Ratsvorsitz einberufen und berichtet dem Rat „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ oder dem Ausschuss der Ständigen Vertreter, falls der Rat dies an ihn delegiert.

**3.** Der Rat „zivile Sicherheit“ tritt ausschließlich in Krisenzeiten zusammen, er sorgt für die ordnungsgemäße Anwendung der operativen Verfahren und informiert die Mitgliedstaaten darüber.

**4.** Der Rat „zivile Sicherheit“ hat zwei Aufgaben:

**a.** er stellt das Vorhandensein der Krise fest und veranlasst die Anwendung der Protokolle, die von der Einsatzzentrale je nach Szenario ausgearbeitet wurden. Jedes Organ sorgt in der Folge entsprechend seiner Zuständigkeit für die operative Umsetzung. Um jegliche Verzögerung bei der Mobilisierung von Solidaritätsmaßnahmen zu vermeiden, ist eine **Klausel über den unverzüglichen Einsatz** der nationalen Einsatzgruppen für den Fall vorgesehen, dass der Rat „zivile Sicherheit“ nicht rasch genug zusammentritt.

**b.** er informiert die Mitgliedstaaten regelmäßig durch den Ausschuss der Ständigen Vertreter.

Auf politischer Ebene ist der Rat „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ allein zuständig für die politische Krisenbewältigung. Er tagt bei Krisen innerhalb oder außerhalb der Europäischen Union, die mehrere Zuständigkeitsbereiche der EU betreffen. Er unterrichtet den **Ausschuss der Ständigen Vertreter** darüber und überträgt ihm für die Dauer der Krise eine Vollmacht für ein sofortiges Tätigwerden in allen Fragen, die in seine Zuständigkeit fallen.

Einmal jährlich erhält der Rat „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ einen Bericht des Rates „zivile Sicherheit“ und erörtert die Maßnahmen der Europäischen Union im Bereich humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz. Gleichzeitig wird eine Evaluierung der ergriffenen Maßnahme durchgeführt. Der Bericht wird auch dem Europäischen Parlament vorgelegt, das ihn erörtert.



## 4. Wir schlagen eine „gemeinsame Anlaufstelle“ für humanitäre Maßnahmen vor

Um ihren verschiedenen Aufgaben als europäischer Makler, politischer Akteur und Handelnder vor Ort gerecht zu werden, muss die Kommission bei der Organisation der humanitären Maßnahmen für Kohärenz sorgen. Der Tsunami und das Erdbeben in Pakistan einige Monate später haben gezeigt, dass die humanitären Maßnahmen, wie sie gegenwärtig durchgeführt werden, gewisse Defizite aufweisen. Zu den Lehren, die aus diesen Katastrophen zu ziehen sind, gehört, dass die Fähigkeiten zur Ermittlung des Bedarfs und zur Ergreifung von Sofortmaßnahmen verbessert werden müssen. Auch die Fähigkeiten der Union zur Gewährung humanitärer Soforthilfe müssen verbessert werden. Diese beiden wesentlichen Aspekte setzen ein koordiniertes Vorgehen des Katastrophenschutzes und der humanitären Hilfe voraus.

Selbst innerhalb der Kommission gibt es zwei Handlungsträger: der eine beschränkt sich auf rein humanitäre Hilfsleistungen, der andere auf Maßnahmen des Katastrophenschutzes, wozu auch Elemente der humanitären Hilfe gehören. Daher gestalten sich die vorbereitenden Arbeiten schwierig. Das führt auch dazu, dass externe Partner wie die Vereinten Nationen nicht wissen, an wen sie sich wenden sollen. Man muss daher mit Hilfe eines Zeitplans den Mechanismus zur Koordinierung des Katastrophenschutzes mit der GD ECHO verbinden, indem man eine „gemeinsame Anlaufstelle“ für humanitäre Maßnahmen schafft.

Diese Anlaufstelle hat zwei Aufgaben:

**1. Verstärkung der Kohärenz und der Wirksamkeit von Sofortmaßnahmen**, insbesondere eine bessere Vorbereitung, die Durchführung gemeinsamer Bewertungen und koordinierte Einsätze. Zu diesem Punkt ist zu sagen, dass die Maßnahmen des Katastrophenschutzes und der humanitären Soforthilfe bei einer externen Krise unbedingt eng koordiniert werden müssen. Dadurch wird ferner sichergestellt, dass auch die Vereinten Nationen nur eine „gemeinsame Anlaufstelle“ haben.

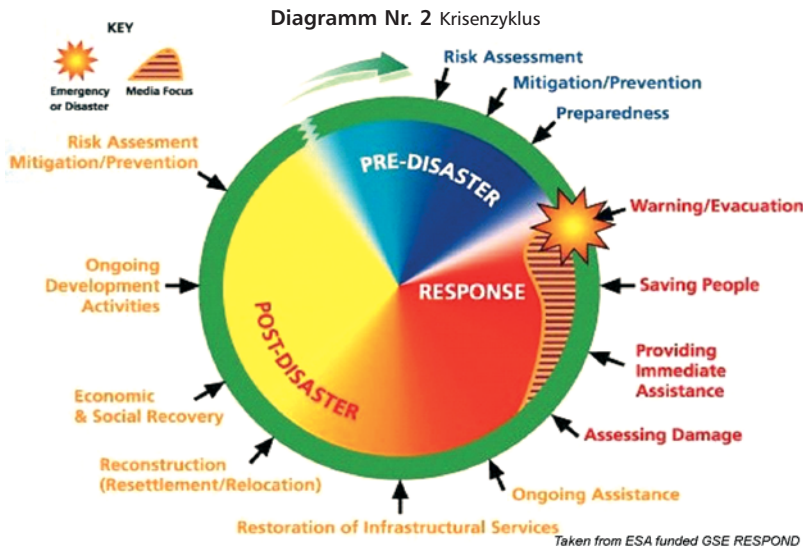
Unverzüglich ist in Erwägung zu ziehen, die Sofortmaßnahmen bei externen Krisen zu verstärken: mehrere BIZ-Mitarbeiter sollten für ECHO abgestellt werden, um Szenarien und gemeinsame Bewertungen für externe Maßnahmen zu erarbeiten. In der gegenwärtigen Lage muss die vom Präsidenten der Kommission unmittelbar nach dem Tsunami angekündigte **Krisenplattform** der Generaldirektion Außenbeziehungen bis auf weiteres für die Koordinierung sorgen und als Schnittstelle zwischen ECHO, BIZ und dem Generalsekretariat des Rates für die politischen Aspekte der Sofortmaßnahmen fungieren.

Es wäre wünschenswert, wenn die Staats- und Regierungschefs rechtzeitig zur Amtseinführung der nächsten Kommission auf die eine oder andere Weise die Möglichkeit fänden, das Amt eines europäischen Außenministers zu schaffen, wie es im Entwurf für den Verfassungsvertrag vorgeschlagen wurde. **Dann könnte der Präsident der Europäischen Kommission nach 2009 einem einzigen Kommissionsmitglied, das mit dem Außenminister/Vizepräsidenten der Kommission zusammenarbeitet, die alleinige Zuständigkeit für die Humanitäre Soforthilfe und den Katastrophenschutz übertragen.**

**2. Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit zu Sofortmaßnahmen.** Ein gemeinsamer Sprecher, der mit dem zukünftigen europäischen Kommissar für Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz zusammenarbeitet, sorgt für die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Sofortmaßnahmen. Hierbei könnte es sich auch um den Sprecher des Rates „zivile Sicherheit“ handeln. Kommission und Rat brauchen in dem Fall eine gemeinsame Anlaufstelle für die Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Union.

## 5. Wir schlagen ein „gemeinsames europäisches Vorgehen“ im Vorfeld von Krisen vor

Wir brauchen mehr Kohärenz und ein gemeinsames europäisches Vorgehen, um auf Krisen in allen ihren Phasen reagieren zu können<sup>14</sup>, insbesondere im Hinblick auf die **Bewertung der Lage**, die **Ausbildung** und die **Zusammenführung von Sachverständigen**.



**1. Keine Vorbeugung ohne Beobachtung.** Wir müssen uns systematisch auf das **GMES-System**<sup>15</sup> stützen, das die Entwicklung der europäischen Umwelt- und Sicherheitspolitik unterstützt und zur Überwachung ihrer Anwendung auf lokaler, regionaler, Gemeinschafts- und internationaler Ebene beiträgt. Das GMES-Programm hilft somit weitgehend, dem Bedarf der Union im Bereich der zivilen Sicherheit zu entsprechen. Angesichts der strategischen Bedeutung der Erdbeobachtung für den Umweltschutz und die Sicherheit muss man sich selbstverständlich an die vom Rat von Göteborg im Juni 2001 festgelegten Fristen halten und **bis spätestens 2008 eine autonome und funktionsfähige europäische Weltbeobachtungseinrichtung** entwickeln.

**2.** Da gemeinsame multidisziplinäre Mannschaften zur Verfügung stehen, muss **die gemeinsame Bewertung der Lage** ab sofort „integriert“ erfolgen, **zum einen im Hinblick auf humanitäre Sofortmaßnahmen und die entsprechenden langfristigen Begleitmaßnahmen** und zum anderen, **um die Wiederaufbauphase vorzubereiten**.

→ **Eine gemeinsame Bewertung des Bedarfs an humanitären Sofortmaßnahmen** sollte innerhalb kürzester Zeit vorliegen, natürlich unter Beachtung der Koordinierungsaufgabe der Vereinten Nationen. Gegenwärtig erfolgen nebeneinander mehrere Bewertungen. Die Koordinierung mehrerer Einsatzgruppen mit unterschiedlichen Kommandostrukturen vor Ort erweist sich als kostspielig im Hinblick auf die Humanressourcen, die Koordinierung und die Wirksamkeit. Je nach Lage und unter Berücksichtigung der Neutralität und Unparteilichkeit der humanitären Maßnahmen könnten auch Angehörige der Streitkräfte in diesen Einsatzgruppen mitarbeiten, um den Vorteil eines zusätzlichen logistischen Beitrags zu prüfen.

→ **Eine gemeinsame Bewertung der Lage** für die so genannte Konsolidierungsphase muss vom Rat und der Kommission vorgenommen werden. Auf der Grundlage einer systematischen gemeinsamen Analyse der politischen Notwendigkeiten und des Wiederaufbaubedarfs werden anschließend die Mittel festgelegt, über die die EU verfügt, um auf die Krise zu reagieren. Jedes Organ ergreift danach die ihm zur Verfügung stehenden Maßnahmen. Der Rat und die Kommission koordinieren ihre Maßnahmen vor Ort. Ferner muss die Kommission die Sofortmaßnahmen mit den längerfristigen Gemeinschaftsprogrammen abstimmen.

→ **Diese gemeinsamen Bewertungen müssen zu einer Zusammenlegung des verfügbaren Expertenwissens in zwei Datenbanken führen:** eine für humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz und die andere für die Konsolidierungsphase. Für diese Phase arbeiten das Generalsekretariat des

14. Siehe Diagramm Nr. 2 Krisenzyklus

15. Angekündigt in der Mitteilung der Europäischen Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 10.11.2005 - KOM(2005) 565 endgültig

Rates und die Kommission an einem gemeinsamen Vorgehen. Die Mitgliedstaaten verstärken dieses Konzept auch, indem sie Fachleute aus den nationalen Kooperationsstellen abstellen.

**3. Eine einheitliche Schulung** des europäischen Personals, das **bei humanitären Sofortmaßnahmen (einschließlich Sanitätseinsätze) und für die Konsolidierungsphase** eingesetzt werden soll, ist vorzusehen, und zwar mit einem für alle verbindlichen Kurrikulum und verschiedenen Fachmodulen für die einzelnen Phasen.

Das **Europäische Institut für Zivilschutz und Humanitäre Hilfe** kann diese Ausbildung übernehmen. Hierdurch sollen ein gemeinsames Bewusstsein und gemeinsame Arbeitsmethoden entwickelt werden. Die auf diese Weise gebildeten Gruppen nehmen an Übungen teil, wie das 2005 in Sizilien der Fall war, als Kräfte aus Schweden, dem Vereinigten Königreich, Frankreich, Italien, Griechenland, Spanien und aus über 30 Beobachterländern zusammenarbeiteten, oder 2004, als die fünf im Brandschutz führenden Länder zusammenarbeiteten.

## 6. Wir schlagen vor, sechs regionale Delegationen der Europäischen Union auf Krisenmanagement zu spezialisieren

Wir müssen die geografische Verteilung dieser Delegationen nutzen, um sie zu einem wirksamen Instrument der Krisenbewältigung zu machen.

**1.** Auf der Grundlage der Erfahrungen von ECHO<sup>16</sup> sollten **sechs auf die Krisenbewältigung spezialisierte regionale Delegationen eingerichtet werden**. ECHO verfügt über 90 Experten vor Ort und 150 lokale Experten in sechs Regionalbüros – Amman, Bangkok, Dakar, Managua, Nairobi, Neu Delhi.

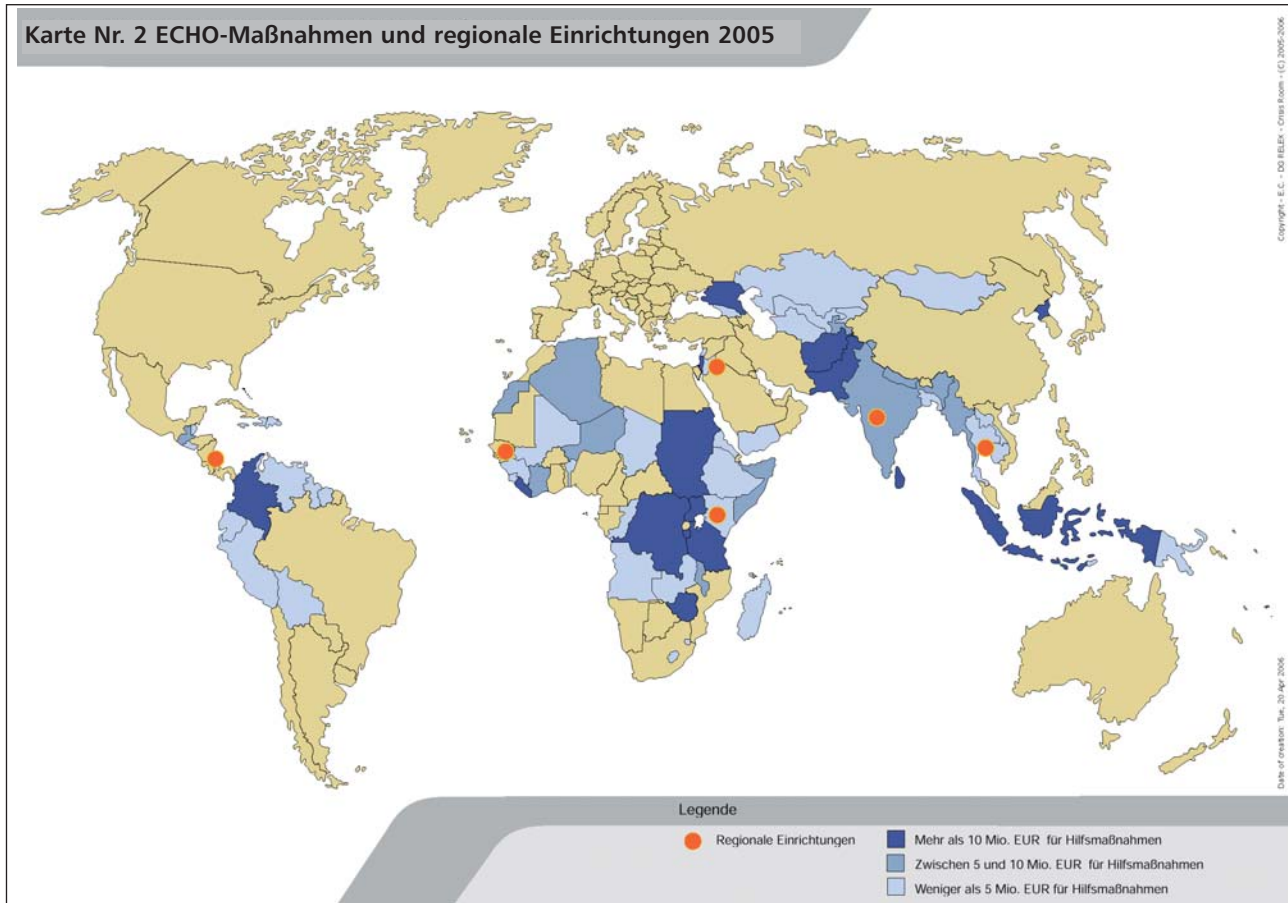
**2.** Die **regionalen Delegationen in Afrika, Asien und Lateinamerika** werden von der Generaldirektion Außenbeziehungen in Zusammenarbeit mit ECHO und in Abstimmung mit dem Generalsekretariat des Rates benannt. Diese sechs regionalen Delegationen müssen über angemessene Kommunikationsmittel verfügen, um die erforderlichen Informationen nach Brüssel zu übermitteln.

Jede **regionale Delegation** wird durch einen Zivilschutzbeauftragten, einen Beauftragten für die politische Krisenbewältigung, einen Wiederaufbauexperten, einen Logistiker, einen Governance-Spezialisten und einen Programmverwalter verstärkt. Der Zivilschutzbeauftragte sorgt für die Verbindung zur Einsatzzentrale und zu den lokalen Zivilschutz-, Frühwarn- und Koordinierungsstellen. Zu diesem Zweck erhält er eine aus Mitteln der Einsatzzentrale finanzierte Ausbildung. Er ist dem Leiter der Delegation unmittelbar unterstellt. Er ist verantwortlich für die Sicherheit der Gebäude und die Umsetzung des Evakuierungsplans für das Personal. Neben dem Leiter des ECHO-Büros ist er Ansprechpartner für die bei großen Krisen eingesetzten Mitarbeiter. Er koordiniert mit dem Leiter des ECHO-Büros die Fortbildungs- und institutionellen Hilfsmaßnahmen. Die Schulungsmaßnahmen für die Zivilschutzbeauftragten der zuständigen regionalen Delegationen stehen den Mitarbeitern der Botschaften der Mitgliedstaaten in der Region offen.

**Dieser neue Organisationsplan** wird im ersten Jahr schrittweise in den **drei Pilotdelegationen** Afrika, Asien und Lateinamerika getestet, um Verbesserungen zu ermöglichen. Nach einem Jahr wird eine Bewertung durchgeführt. Dabei werden Empfehlungen zur Ausweitung des Systems auf alle im Vorfeld benannten Gebiete gemacht.

**3.** Der **Leiter der Delegation verfügt über die Zuständigkeit für eine verstärkte Koordination**. Die ECHO-Büros und ihr Personal unterstehen dem Leiter der Delegation. Der Leiter des ECHO-Büros berät den Leiter der Delegation bei der Verwaltung von humanitären Krisensituationen. Der Leiter der Delegation und der Einsatzleiter der Delegation erhalten eine Sonderschulung für Krisensituationen. In den als vorrangig eingestuften Krisengebieten wird als erstes ein gesichertes Kommunikationssystem eingerichtet. Es wird mit dem ARGUS-System verbunden und funktioniert selbst in ernststen Krisensituationen in abgesicherten Räumen der Delegation.

16. Siehe Karte 2  
Maßnahmen und  
Regionalbüros von  
ECHO im Jahre 2005



## 7. Wir schlagen ein klares Informationssystem für den Unionsbürger vor

Wir schlagen ein einfaches Informationssystem vor, das den Unionsbürgern vor einer Reise von Nutzen ist.

### 1. Auf allen europäischen Pässen werden folgende Informationen abgedruckt:

→ **Artikel 20 EG-Vertrag:** „Jeder Unionsbürger genießt im Hoheitsgebiet eines dritten Landes, in dem der Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, nicht vertreten ist, den diplomatischen und konsularischen Schutz eines jeden Mitgliedstaats unter denselben Bedingungen wie Staatsangehörige dieses Staates. Die Mitgliedstaaten vereinbaren die notwendigen Regeln und leiten die für diesen Schutz erforderlichen internationalen Verhandlungen ein.“

→ **nützliche Notrufnummern**, insbesondere die Nummern der Krisenzentren der einzelnen Mitgliedstaaten.

### 2. Ferner wird eine gezielte **Aufklärungskampagne für Reisende**, insbesondere auf Flughäfen, durchgeführt.

17. Siehe Karte 3 Präsenz der Delegationen der Europäischen Kommission in der Welt und relative Präsenz der Mitgliedstaaten

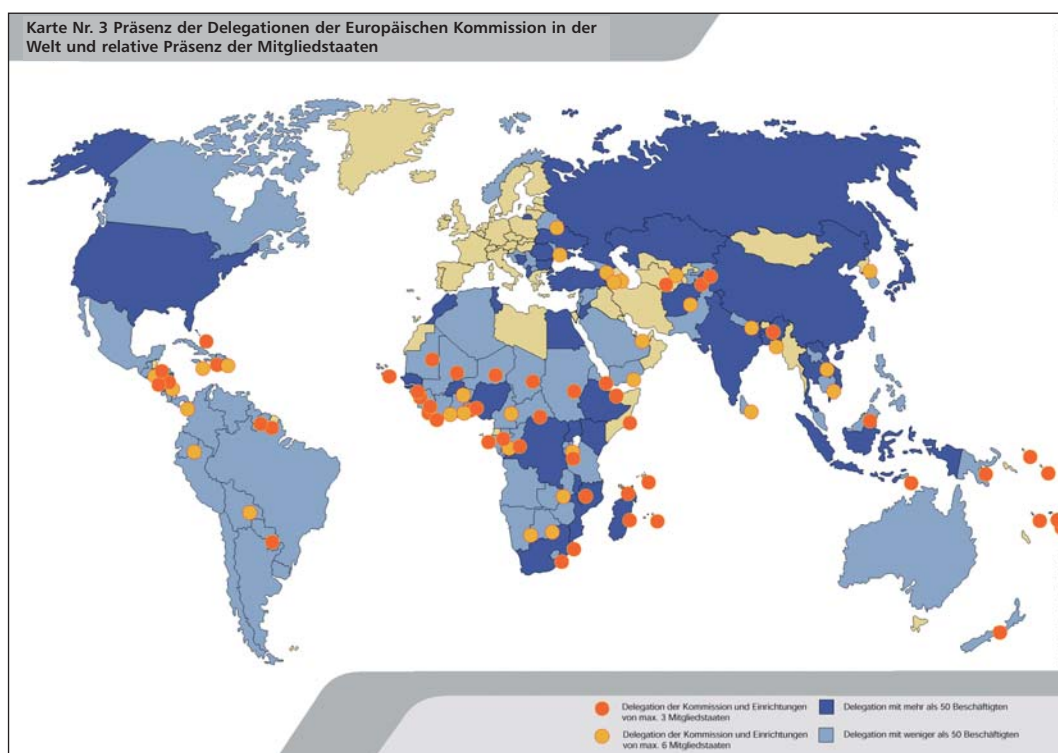
## 8. Wir schlagen eine gemeinsame Nutzung der konsularischen Ressourcen vor

Die Notwendigkeit, bei Krisen angemessene Maßnahmen auf Ebene der Konsulate zu ergreifen, ist bei der Tsunami-Katastrophe deutlich geworden. Da die Zahl der Auslandsreisen künftig weiter zunehmen wird, müssen wir nunmehr eine strukturelle Maßnahme durchführen und die Kapazitäten bewerten und bündeln, wobei die Kapazitäten der Delegationen (der jetzigen Europäischen Kommission und der künftigen Europäischen Union) im Ausland zu berücksichtigen sind. Die vorgesehenen Maßnahmen entsprechen dem Subsidiaritätsprinzip.

### 1. Wir schlagen eine Bewertung der vorhandenen Kapazitäten vor:

→ Die **vorhandenen Ressourcen der Mitgliedstaaten im Konsularbereich** müssen bewertet werden, um den Bedarf in Krisensituationen zu ermitteln: diese Bestandsaufnahme der Vertretungen (Konsulate, Botschaften, Honorarkonsulate) Land für Land ist Voraussetzung für die Feststellung, welche Mittel und welchen Bedarf es im Hinblick auf die diplomatischen und konsularischen Vertretungen in der Welt gibt.

→ Eine **Übersicht über die Delegationen** der Kommission im Ausland und über die Präsenz der Mitgliedstaaten<sup>17</sup> zeigt, dass die Delegationen, insbesondere dann, wenn nur wenige Mitgliedstaaten in einem bestimmten Land vertreten sind, in eine allgemeinere Überlegung über die Bewertung der Kapazitäten einbezogen werden müssen.



→ Diese Bewertung beinhaltet auch den Austausch bewährter Verfahren für Hilfsleistungen zwischen den nationalen Konsulaten im Ausland und Evakuierungsmaßnahmen.

Das Generalsekretariat des Rates könnte die Koordinierung dieser Maßnahmen in enger Zusammenarbeit mit der Kommission kurzfristig übernehmen.

### 2. Wir schlagen eine verstärkte Abstimmung der Einsätze der Mitgliedstaaten, der Delegationen der Kommission und des Vorsitzes des Rates der Europäischen Union vor.

Die Delegationen müssen in der Lage sein, im Rahmen der bestehenden Verträge **zu einer gemeinsamen Nutzung der zur Verfügung stehenden Ressourcen beizutragen**, um die Zusammenarbeit



vor Ort zu erleichtern, damit der steigenden Nachfrage der Mitgliedstaaten entsprochen werden kann. Diese Verpflichtung der Delegationen muss neben den im zweiten Teil erwähnten praktischen und logistischen Aspekten<sup>18</sup> deutlich werden:

→ In einem **angepassten Verwaltungsrahmen**, der dem Leiter der Delegation die notwendige Flexibilität gewährt, um sein Personal im Krisenfall zu mobilisieren. **Bestimmte Mitarbeiter** können im Krisenfall mobilisiert werden, weil ihre Fachkompetenzen nützlich sind (Bauingenieure, Wasseraufbereitungsspezialisten, Gesundheitsexperten, Energiefachleute usw.). Sie können gegebenenfalls mobilisiert werden, um die **Mannschaften zu verstärken, die bei einer größeren Katastrophe eine erste Einschätzung der Lage** unter Federführung des Leiters der Delegation, der vom Katastrophenschutzberater und vom Leiter des ECHO-Büros unterstützt wird, vornehmen.

→ Durch die Einrichtung einer **Notfall-Finanzreserve**, aus der die Leiter der Delegationen unverzüglich notwendige Hilfsmaßnahmen finanzieren können. Diese Maßnahmen sollten im Wesentlichen logistischer und materieller Art sein. Diese Finanzreserve könnte im Rahmen des Haushalts des zukünftigen Stabilitätsinstruments mobilisiert werden, sofern ihre Rechtsgrundlage für die Finanzierung von Sofortmaßnahmen für Unionsbürger geöffnet werden kann.

**3. Wir schlagen vor, dass die Kosten für größere Evakuierungsmaßnahmen gemeinsam getragen werden.**

Maßnahmen zur Evakuierung von Unionsbürgern betreffen Staatsangehörige mehrerer Mitgliedstaaten. Die Mitgliedstaaten arbeiten gemeinsam an den Evakuierungsplänen im Ausland. Diese Evakuierungen sind häufig kostspielig. In Zukunft müssen **die Kosten dieser Evakuierungsmaßnahmen** ab einem bestimmten Betrag in Anlehnung an die Arbeit des **Solidaritätsfonds im Inneren** aus dem GASP-Haushalt erstattet werden können. Diese Möglichkeit sollte von der Kommission und vom Rat rasch geprüft werden.

## 9. Wir schlagen die Einsetzung mobiler konsularischer Einsatzteams vor

Die durch die Flutwelle ausgelöste Tragödie hat deutlich gemacht, dass wegen der Bedeutung der Katastrophe für die vor Ort vertretenen Länder und des Umstands, dass einige Länder, aus denen Staatsangehörige vor Ort anwesend waren, keine dortige Vertretung unterhalten, Handlungsmöglichkeiten für eine schnelle Reaktion und die gegenseitige Unterstützung benötigt werden.

Eine Lösung dieses Problems wäre die Einsetzung mobiler konsularischer Einsatzteams.

Derartige Teams könnten im Katastrophenfall sofort in die betroffenen Gebiete entsandt werden. Sie würden sich aus Diplomaten verschiedener Mitgliedstaaten zusammensetzen.

Alle Teams würden eine einheitliche Schulung in Fragen der Katastrophenbewältigung erhalten. Auf diese Weise ließen sich gemeinsame Konzepte und einheitliche Methoden zur Unterstützung von EU-Bürgern im Ausland entwickeln.

Die Einsatzteams würden im Katastrophenfall sofort entsandt, um den sich vor Ort aufhaltenden Bürgern aus EU-Ländern, die dort kein Konsulat unterhalten, zu helfen. Delegationen der Kommission, die dazu in der Lage wären, könnten die Einsatzteams in Empfang nehmen und die erforderliche logistische Unterstützung (Herstellung von Kontakten, Kommunikation) leisten.

Die Mitgliedstaaten würden sich verpflichten, ihre Diplomaten durch entsprechende Schulungen auf diese besondere Form der konsularischen Zusammenarbeit vorzubereiten. Die gemeinsamen Übungen und Schulungen würden unter der Verantwortung des künftigen EU-Außenministers stehen und auf regionaler Ebene oder auf EU-Ebene erfolgen. Diesbezüglich wäre auch der vom Europäischen Parlament im Jahr 2000 unterbreitete Vorschlag der Einrichtung einer **gemeinsamen konsularischen Akademie** zu prüfen.

Mittel- und langfristig besteht, was die Unterstützung der EU-Bürger anbelangt, die einzig sinnvolle Lösung in der Einrichtung „europäischer Konsulate“ (vor allem der Schengen-Länder). Die Mitgliedstaaten könnten und sollten unverzüglich auf freiwilliger Basis und nach dem Bottom-up-Prinzip mit dieser gemeinsamen Nutzung ihrer konsularischen Möglichkeiten beginnen. Die Kommission könnte ersucht werden, die gemeinsamen Schulungen mitzufinanzieren.

18. Siehe im technischen Bericht das Kapitel „Für die Zukunft: eine bessere Bedarfsermittlung“, insbesondere den Teil über die Ermittlung des Bedarfs für die Unionsbürger, S. 49.

## 10. Wir schlagen die Errichtung „europäischer Konsulate“ in vier Testgebieten vor

Die Errichtung gemeinsamer Konsulate ist bereits im Haager Programm vorgeschlagen worden: „Auf lange Sicht sollten gemeinsame Visastellen eingerichtet werden, wobei den Beratungen über die Errichtung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes Rechnung zu tragen ist“ (Ziff. 1.7.3). Nicht nur in Bezug auf die Visaausstellung könnten sich diese Dienststellen zu einem echten gemeinsamen konsularischen Korps entwickeln, das jedem in Not geratenden EU-Bürger vor Ort Unterstützung leisten kann.

Wir schlagen **vier Testgebiete (Karibik, Balkan, Indischer Ozean und Westafrika)** für die Errichtung erster derartiger „europäischer Konsulate“ vor. Diese Gebiete wurden anhand folgender drei Kriterien ermittelt: Präsenz von Delegationen der Kommission, Zahl der Urlauber aus der EU und relative Präsenz der Mitgliedstaaten.

In jedem dieser Gebiete könnte auf der Grundlage der bestehenden Delegationen der Kommission ein europäisches Konsulat eingerichtet werden. Wenn der künftige EU-Außenminister und der geplante Europäische Auswärtige Dienst Realität geworden sind, könnte diese Maßnahme nach ihrer Auswertung generell eingeführt und mittels eines europäischen konsularischen Kodex (siehe nachfolgenden Vorschlag) näher geregelt werden.

**Zur Verwirklichung eines solchen Pilotvorhabens** müsste die Kommission alsbald die Möglichkeit prüfen, einen entsprechenden Vorschlag auf der Grundlage von Artikel 20 und 22 EG-Vertrag zu unterbreiten.

Nach Artikel 22 EG-Vertrag kann die Kommission dem Rat einen Vorschlag unterbreiten, den der Rat dann zur Ergänzung der vorgesehenen Bürgerrechte nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig annehmen kann. Der Verfassungsvertrag enthält im Übrigen eine ähnliche Bestimmung, welche vorsieht, dass der Rat eine EU-Vorschrift erlassen kann, um die zur Erleichterung dieses Schutzes erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Dabei beschließt der Rat nach Anhörung des Europäischen Parlaments (Artikel III-127).

Im Prinzip würde dieser konsularische Dienst in einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den teilnehmenden Mitgliedstaaten bestehen und nach dem Bottom-up-Verfahren erfolgen.

## 11. Wir schlagen die Einführung eines europäischen konsularischen Kodex vor

Es könnte ein **europäischer konsularischer Kodex** ausgearbeitet werden, der unbeschadet des konsularischen Schutzes für alle EU-Bürger die Zusammenarbeit zwischen den diplomatischen Vertretungen der Mitgliedstaaten und den Delegationen der Europäischen Union regelt.

→ Ein derartiger Vorschlag müsste sowohl der **menschlichen Situation** Rechnung tragen, in der sich in Not geratene Bürger befinden, als auch die Art der **ihnen zu leistenden Unterstützung** (verwaltungstechnische Unterstützung, Rückführung, Identifizierung der sterblichen Überreste von Familienmitgliedern, Hilfe bei verloren gegangenen Reisedokumenten usw.) berücksichtigen.

→ Der Kodex würde es zudem ermöglichen, ein **System für die automatische gegenseitige Vertretung der Konsulate** im Rahmen der in einem gegebenen geografischen Gebiet diesbezüglich bestehenden Möglichkeiten einzuführen: Manche Mitgliedstaaten sind in bestimmten Teilen der Welt weder durch eine Botschaft noch durch ein Konsulat vertreten.

Daher kommt es darauf an, in dem Kodex eindeutig festzulegen, nach welchem Verfahren die gegenseitige Vertretung in den einzelnen Ländern erfolgen soll (beispielsweise könnte der Mitgliedstaat X in Indien die Mitgliedstaaten Y und Z vertreten), um die Synergieeffekte zu verstärken. Die automatische gegenseitige Vertretung würde nach dem Subsidiaritätsgrundsatz

erfolgen. Falls sie nicht einstimmig beschlossen würde, könnte sie zunächst in Form einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den zur Mitwirkung bereiten Mitgliedstaaten eingeführt werden.

→ Neben dem System für die automatische gegenseitige Vertretung müsste der Kodex auch die **Arbeitsweise eines künftigen gemeinsamen konsularischen Korps**, das allen EU-Bürgern Hilfe leisten kann, regeln.

Der von der Kommission auf der Grundlage von Artikel 20 und 22 EG-Vertrag vorgeschlagene **europäische konsularische Kodex** müsste die den EU-Bürgern zu leistende Hilfe, das System für die **gegenseitige Vertretung** und die **Arbeitsweise** regeln.

## 12. Wir schlagen die Errichtung von Laboratorien zur Bekämpfung des Bioterrorismus und zur Identifizierung der Opfer (bzw. eine entsprechende Spezialisierung bestehender Laboratorien) vor

Die durch die Flutwelle ausgelöste Tragödie hat deutlich gemacht, dass es einer Spezialisierung, Gütekennzeichnung und Stärkung der vorhandenen nationalen Ressourcen bedarf, da es im Katastrophenfall sehr schwierig ist, die Opfer zu identifizieren. Zudem steht außer Zweifel, dass künftige Krisen weitere Mängel offen legen werden.

Aus diesem Grund gilt es bereits heute, mit Hilfe entsprechender Szenarien den Bedarf an wissenschaftlichen Analysen vorauszuberechnen und ein Netz spezialisierter nationaler Sachverständiger aufzubauen, das im Fall der Fälle allen EU-Bürgern zu Diensten sein kann.

Die Arbeit der Mitgliedstaaten nach einer Katastrophe würde durch die **Gütekennzeichnung bestimmter als Referenz dienender europäischer Laboratorien** erleichtert. Derart ausgezeichnete Laboratorien hätten einen Anspruch auf Ausbau ihrer Kapazitäten mit EU-Mitteln.

Unter Berücksichtigung der in den einzelnen Mitgliedstaaten ermittelten Kompetenzen und im Lichte der in Bosnien gesammelten Erfahrungen könnten im Anschluss an eine entsprechende Machbarkeitsstudie **ein oder zwei Laboratorien zur Unterstützung der EU-Länder bei der Opferidentifizierung** errichtet (bzw. durch eine entsprechende Spezialisierung geschaffen) sowie einer Qualitätsprüfung unterzogen werden.

Die Gütekennzeichnung und Spezialisierung könnte nicht nur für die Opferidentifizierung, sondern auch für die Entwicklung von wissenschaftlichen Instrumenten zur **Bekämpfung des Bioterrorismus** genutzt werden.

Diese Art der Zusammenarbeit im Dienste der europäischen Katastrophenschutztruppe müsste nach den geltenden Grundsätzen für Spezialisierung und für die Zusammenstellung geeigneter Teams, auf freiwilliger Grundlage und nach dem Bottom-up-Prinzip erfolgen. Dabei würde das Einsatzzentrum in Zusammenarbeit mit den zuständigen Dienststellen der Mitgliedstaaten, der Kommission und des Rates den Mitgliedstaaten Vorschläge über die nach seinem Dafürhalten der europäischen Katastrophenschutztruppe zur Verfügung zu stellenden Mittel unterbreiten.

# Vorgeschlagener Zeitplan

**1. Juli 2006 – 30. Juni 2007  
(finnischer bzw. deutscher Ratsvorsitz)**

## Humanitäre Hilfe/Katastrophenschutz

**1. Ausarbeitung der sieben nachfolgend genannten Szenarien binnen eines Jahres** – enge Abstimmung zwischen dem Beobachtungs- und Informationszentrum (BIZ), den Mitgliedstaaten und den zuständigen Stellen (andere Generaldirektionen der Kommission, Generalsekretariat des Rates – „Zivil-militärische Zelle“):

- Erdbeben und Flutwellen
- Großfeuer und Waldbrände
- Überschwemmungen
- nukleare oder industrielle Unfälle
- Terroranschläge
- Schiffsunglücke
- Epidemien

**2. Auflistung der szenarienspezifischen Anforderungen in Menüform**

**3. Mitgliedstaaten, die dies wünschen, berücksichtigen dieses „Menü“ bereits bei ihren organisatorischen Maßnahmen.**

**4. Angleichung der von den Katastropheneinsatzstrukturen BIZ und ECHO ergriffenen Maßnahmen auf dem Gebiet der Außenbeziehungen.**

**5. Verstärkung des BIZ** durch Sachverständige der Mitgliedstaaten zwecks Bildung der Grundlage für das Einsatzzentrum.

**6. Beschluss des Europäischen Rates über die Schaffung der europäischen Katastrophenschutztruppe „EuropeAid“.**

## Außenbeziehungen

**1. Studie über eine mögliche „gemeinsame“ Finanzierung von Maßnahmen zur Evakuierung von EU-Bürgern im Ausland mit GASP-Mitteln.**

**2. Ermächtigung der Delegationsleiter** zur Zusammenarbeit mit den diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Mitgliedstaaten im Krisenfall sowie Einrichtung einer den Delegationsleitern zur Verfügung stehenden „Notreserve“ für Katastrophenfälle.

**3. Ermittlung der 6 regionalen Delegationen** und Erstellung eines Organisationsplans für drei dieser Delegationen.

**4. Einrichtung der Struktur der beiden Datenbanken „Notfälle“ und „Konsolidierung“.**



## Unterstützung von EU-Bürgern im Krisenfall und bei konsularischen Angelegenheiten

- 1. Prüfung der konsularischen Möglichkeiten der Mitgliedstaaten** zwecks Vorausberechnung des Bedarfs im Krisenfall sowie Ermittlung bewährter Praktiken der Konsulate auf dem Gebiet von Hilfs- und Evakuierungsmaßnahmen im Ausland.
- 2.** Ausarbeitung eines Vorschlags der Kommission bezüglich der **4 Testgebiete**, in denen europäische Konsulate eingerichtet werden sollen.
- 3.** Aufnahme der Arbeiten zur Erstellung eines europäischen konsularischen Kodex.

---

**1. Juli 2007 – 30. Juni 2008**  
**(portugiesischer bzw. slowenischer Ratsvorsitz)**

## Humanitäre Hilfe/Katastrophenschutz

- 1.** Dreiparteiensitzung von Rat, Kommission und Europäischem Parlament zwecks Annahme der Verordnung über den Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Finanzierung von Schulungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes und zum Erwerb von bestimmtem Material (Folgemaßnahme zum „Berend“-Bericht).
- 2.** Erstellung von Einsatzprotokollen durch das „verstärkte BIZ“ (das künftige Einsatzzentrum) in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und dem Generalsekretariat des Rates.
- 3.** Machbarkeitsstudie über den erforderlichen rechtlichen Rahmen für Katastrophenschutzmissionen innerhalb Europas.
- 4.** Ausweitung der gemeinsamen Schulungen und Einführung einer vom künftigen Einsatzzentrum organisierten jährlichen Übung, an der alle Mitgliedstaaten teilnehmen können.
- 5.** Vorschlag der Kommission zur Schaffung der europäischen Katastrophenschutztruppe „EuropeAid“. Annahme von Kriterien für die Sichtbarkeit der Außenhilfe.
- 6.** Einsetzung des Katastrophenschutzrates durch die Staats- und Regierungschefs.
- 7.** Beginn einer Machbarkeitsstudie über die Errichtung eines europäischen Laboratoriums für die Opferidentifizierung (bzw. eine entsprechende Spezialisierung eines bestehenden Laboratoriums) sowie eines oder mehrerer spezialisierter Laboratorien zur Bioterrorismusbekämpfung.



## Außenbeziehungen

- 1.** Einsatz von drei auf die Krisenbewältigung spezialisierten regionalen Delegationen nach Festlegung eines entsprechenden Organisationsplans.
- 2.** Einführung des neuen Verwaltungs- und Finanzrahmens für die Delegationsleiter.
- 3.** Errichtung der zwei Datenbanken „Notfälle“ und „Konsolidierung“.
- 4.** Schulung der ersten gemeinsamen Evaluierungsteams für „Notfälle“ und die „Konsolidierung“.
- 5.** Umsetzung der institutionellen Bestimmungen zu den Bereichen Außenbeziehungen und Katastrophenschutz.

## Unterstützung von EU-Bürgern im Krisenfall und bei konsularischen Angelegenheiten

- 1.** Zusammenstellung und Schulung der mobilen konsularischen Einsatzteams aus auf freiwilliger Basis mitwirkenden Diplomaten.
- 2.** Vorlage und Annahme des Vorschlags der Kommission bezüglich der 4 Testgebiete, in denen europäische Konsulate errichtet werden sollen. Bei Nichtannahme zunächst verstärkte Zusammenarbeit.
- 3.** Vorlage des Vorschlags der Kommission für einen **europäischen konsularischen Kodex**.

---

### **1. Juli 2008 – 30. Juni 2009 (französischer bzw. tschechischer Ratsvorsitz)**

## Humanitäre Hilfe/Katastrophenschutz

- 1.** Erörterung des Vorschlags zur Schaffung der europäischen Katastrophenschutztruppe „EuropeAid“ im Rat.
- 2.** Annahme des Vorschlags. Bei Nichtannahme Einführung einer verstärkten Zusammenarbeit gemäß Artikel 43 (Titel VII) EU-Vertrag zwischen den zur Mitwirkung bereiten Ländern.
- 3.** Errichtung des Einsatzzentrums für die europäische Katastrophenschutztruppe und der Schulungseinrichtung. Festlegung des Standorts der Schulungseinrichtung durch den Rat.
- 4.** Vorschlag für eine Verordnung zur Schaffung des rechtlichen Rahmens für die innerhalb der EU ergriffenen Katastrophenschutzmaßnahmen.
- 5.** Erste Anwendung der Szenarien und Erprobung im Rahmen der jährlichen Übung.

## Außenbeziehungen

Evaluierung der Tätigkeit der drei ersten auf die Krisenbewältigung spezialisierten regionalen Delegationen.

## Unterstützung von EU-Bürgern im Krisenfall und bei konsularischen Angelegenheiten

1. Zusammenstellung der mobilen konsularischen Einsatzteams und erste gemeinsame Schulungen.
2. Evaluierung der 4 Testgebiete und Ausweitung auf weitere Fälle.

---

**1. Juli 2009 – 30. Juni 2010  
(schwedischer bzw. spanischer Ratsvorsitz)**

## Humanitäre Hilfe/Katastrophenschutz

1. Einleitung der ersten Zulassungsverfahren für die Einsatzteams der europäischen Katastrophenschutztruppe „EuropeAid“. Die Mitgliedstaaten entscheiden, welche Komponenten aus dem vorgeschlagenen „Menü“ sie der Truppe zur Verfügung stellen.
2. Zusammenlegung der Bereiche „Humanitäre Maßnahmen“ und „Katastrophenschutz“, sodass nur noch ein Kommissionsmitglied für die beiden Bereiche zuständig ist.
3. Erste gemeinsame Maßnahme auf dem Gebiet der humanitären Hilfe mit den Mitteln der europäischen Katastrophenschutztruppe.

## Außenbeziehungen

Ausweitung des für die drei ersten regionalen Delegationen erstellten Organisationsplans auf drei weitere Delegationen.

## Unterstützung von EU-Bürgern im Krisenfall und bei konsularischen Angelegenheiten

1. Ausarbeitung eines europäischen konsularischen Kodex.
2. Errichtung eines europäischen Opferidentifizierungszentrums (bzw. entsprechende Spezialisierung eines bestehenden Laboratoriums) sowie von auf die Bioterrorismusbekämpfung spezialisierten Laboratorien.
3. Annahme eines europäischen konsularischen Kodex. Bei Nichtannahme verstärkte Zusammenarbeit zwischen den zur Mitwirkung bereiten Mitgliedstaaten.





# Technischer Bericht

## Bestandsaufnahme und Analyse der künftigen Bedürfnisse

### Einführung

Die Europäische Union hat in den letzten Jahren weltweit bei zahlreichen Naturkatastrophen Hilfe geleistet, so z. B. nach dem Wirbelsturm Katrina in New Orleans oder dem Erdbeben in Pakistan, jedoch auch in Europa, wo sie Katastrophenschutzteams gegen die Überschwemmungen in Arles (Frankreich) im Jahre 2003 oder zur Bekämpfung der Waldbrände in Portugal im Jahre 2005 einsetzte.

Innerhalb der EU äußert sich die Solidarität zwischen den europäischen Völkern im grenzüberschreitenden Einsatz der nationalen Mittel der Mitgliedstaaten zur Krisenbewältigung bei Naturkatastrophen, Industrieunfällen oder Meeresverschmutzung. Die Kapazitäten der einzelnen Mitgliedstaaten reichen in der Tat nicht immer aus, um Katastrophen größeren Ausmaßes effizient zu bewältigen. Der 2002 geschaffene Solidaritätsfonds ergänzt diese Maßnahmen, indem er es unter bestimmten Umständen ermöglicht, den Behörden des betroffenen Staates innerhalb von zehn Wochen nach Auftreten der ersten Schäden eine Finanzhilfe auszus zahlen.

Nach außen ist die Lage anders: Zwar ermöglichen es die auf nationaler Ebene für Hilfseinsätze verfügbaren Ressourcen, die im Rahmen des Gemeinschaftsverfahrens für den Katastrophenschutz bereitgestellt werden, der Europäischen Union, unter der politischen Koordinierung der EU-Präsidentschaft angemessen auf Katastrophen zu reagieren. Die wichtigste Rolle spielt jedoch hier die Politik der humanitären Hilfe der Union (ECHO), kombiniert mit der Außenpolitik im weitesten Sinne (Instrumente für Sofortmaßnahmen und Wiederaufbauhilfe).

Die humanitäre Hilfe Europas erfolgt im Rahmen der globalen Koordinierung durch die Vereinten Nationen und ist sowohl auf Sofortmaßnahmen als auch auf langfristig angelegte Hilfemaßnahmen ausgerichtet. Sie weist einen dreifachen Mehrwert auf: Ihr geografischer Einsatzbereich (derzeit laufen Maßnahmen in rund sechzig Ländern) ist viel umfassender als derjenige der einzelnen Mitgliedstaaten. Dadurch ist die Kommission oft bereits an Ort und Stelle, wenn eine neue Katastrophe stattfindet. Außerdem ist sie ein weitaus engagierterer Geldgeber als viele andere Einrichtungen. Ihre Generaldirektion Humanitäre Hilfe (ECHO) leistet zwar keine Direkthilfe, sondern finanziert Projekte von Partnern, doch die Gewährung dieser Finanzhilfen erfolgt nach einer Analyse der Bedürfnisse vor Ort, die von der Kommission selbst und nicht nur von ihren Partnern durchgeführt wird. ECHO sorgt so für eine intensive Überwachung der Projekte und steht in ständigem Dialog mit Partnern, Gebern, Mitgliedstaaten, nationalen Behörden usw., um zu gewährleisten, dass die Hilfsmaßnahmen optimal auf die jeweilige Situation zugeschnitten sind und den schwächsten Bevölkerungsgruppen zugute kommen. Möglich wird dieses Engagement durch das Netz der ECHO-Experten vor Ort sowie durch die enge Zusammenarbeit mit den Delegationen der Union in der ganzen Welt. Schließlich führt die Unparteilichkeit der humanitären Hilfe der Gemeinschaft dazu, dass sie in bestimmten schwierigen Situationen, in denen die Hilfe eines einzelnen EU-Mitgliedstaates weniger gut aufgenommen würde, leichter akzeptiert wird.

Die Europäische Union verfügt über einen weiteren Trumpf, nämlich ihre Wiederaufbauprogramme. Europa führt mit Hilfe einer **Reihe von Instrumenten**<sup>19</sup>, nämlich den Programmen, die die Außenbeziehungen der EU betreffen, in allen geografischen Gebieten Langzeitmaßnahmen durch. Auch wenn diese Maßnahmen in einem Bericht, der sich im Wesentlichen mit Sofortmaßnahmen befasst, nicht im Detail erläutert werden können, so muss doch darauf hingewiesen werden, dass nur die großen geografischen Gemeinschaftsprogramme (ALA, MED, TACIS, CARDS usw.) eine nachhaltige Wirkung der EU-Maßnahmen gewährleisten. Sie stellen also einen wichtigen Visibilitätsfaktor dar.

19. Anhang 2 stammt aus dem Dokument der Kommission von 2003 über zivile Krisenbewältigungsinstrumente und vermittelt einen Eindruck von der Vielfalt der Programme.

Die nachfolgende Analyse geht jedoch auf drei Instrumente ein, die der Europäischen Union für politische Schnelleinsätze zur Verfügung stehen: der Krisenreaktionsmechanismus, die Friedensfazilität für Afrika und die zivile Krisenbewältigung.

Schließlich sind auch die europäischen Delegationen im Ausland ein wichtiger Faktor, auf den der Bericht im Zusammenhang mit den Überlegungen über ihre mögliche Rolle bei der Bewältigung von Krisen und der Hilfe für die Bürger zurückkommen wird.

Der größte Vorteil der Europäischen Union ist es, mit umfassenden und gut koordinierten Mitteln **den gesamten Zyklus einer Krise** (Vorbereitung, Sofortmaßnahmen und langfristige Maßnahmen) abdecken zu können. Dadurch verstärkt sich die Wirkung der Hilfe an Ort und Stelle, und die Gesamtkosten der Maßnahmen fallen im Verhältnis zu den Kosten für einzelne Maßnahmen geringer aus.

Ziel dieses technischen Berichts ist es,

- ➔ einen Überblick über die verschiedenen Instrumente der Europäischen Union und ihren jeweiligen Beitrag zur Bewältigung von Krisen zu vermitteln (erster Teil),
- ➔ umfassende Überlegungen auf der Grundlage der tatsächlichen Bedürfnisse anzuregen (zweiter Teil).



# Krisensituationen und derzeitige Instrumente der Europäischen Union

## 1. Krisensituationen

### A. Naturkatastrophen <sup>20</sup>

Der Generaldirektion Humanitäre Hilfe (ECHO) der Europäischen Kommission zufolge werden jedes Jahr weltweit mehr als 300 Millionen Menschen von Naturkatastrophen heimgesucht, insbesondere in den Entwicklungsländern.

Die Europäische Union reagiert mit zweierlei Maßnahmen auf diese Naturkatastrophen:

**1. Mit humanitärer Hilfe**, die seit der Schaffung von ECHO, der Dienststelle für humanitäre Hilfe im Jahre 1992 weltweit bereits rund 85 Ländern gewährt wurde. Im Durchschnitt werden 17 % der Haushaltsmittel von ECHO für Naturkatastrophen aufgewandt. Häufigste Katastrophen sind Wirbelstürme (besonders in Zentralamerika), Überschwemmungen, Dürren, Erdbeben und Epidemien. ECHO greift ein, wenn die nationalen und lokalen Behörden nicht in der Lage sind, den Bedarf an humanitärer Hilfe abzudecken.

**2. Mit Einsätzen des Gemeinschaftsverfahrens für den Katastrophenschutz**, z. B. anlässlich der Erdbeben in Algerien (2003), im Iran (2003) und in Marokko (2004), der Überschwemmungen in Georgien und im Kirgisistan (2005) und nach der Tsunami-Katastrophe (2004), als mehrere Teams in die vier betroffenen Ländern in Asien (Thailand, Sri Lanka, Malediven und Indonesien) entsandt wurden, sowie in den Vereinigten Staaten nach dem Wirbelsturm Katrina (2005) und nach dem Erdbeben in Pakistan (2005). In den meisten Fällen wurde humanitäre Hilfe für die Opfer dieser Katastrophen geleistet.

### B. Komplexe humanitäre <sup>21</sup> Krisen

Mit einem jährlichen Haushalt 500 Mio. EUR ist das Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (ECHO) einer der weltweit wichtigsten Akteure der humanitären Hilfe. Seit 1992 leistete ECHO bei zahlreichen Katastrophen und komplexen Krisen Hilfe. ECHO ergreift Sofortmaßnahmen und Langzeitmaßnahmen und befasst sich insbesondere mit Krisen, die von den Medien und der internationalen Gemeinschaft „vergessen“ werden. Oft handelt es sich um Krisen, die bereits seit langem andauern und auf politischer Ebene immer noch nicht geregelt sind.

Die Auswirkungen von Konflikten oder Post-Konflikt-Situationen, von denen sich die Bevölkerungen noch nicht erholt haben, werden oft noch durch Naturkatastrophen verschlimmert. So litt Afghanistan beispielsweise während mehreren Jahren unter einer schweren Dürre.

Jedes Jahr hilft ECHO über seine 200 Partner (europäische NRO, Rot-Kreuz-Gesellschaften und UN-Organisationen, insbesondere das Hohe Kommissariat für Flüchtlinge) rund 18 Millionen Menschen in über 60 Ländern.

### C. Die Konflikte <sup>22</sup>

Neben den Naturkatastrophen und den humanitären Krisen sind Konflikte eine weitere Ursache für Einsätze der Europäischen Union. Die Europäische Sicherheitsstrategie<sup>23</sup> bezeichnet regionale Konflikte und Staatsversagen als zwei der fünf Bedrohungen für Europa.

Das Konfliktbarometer 2005<sup>24</sup> verzeichnet für 2005 weltweit 249 Konflikte. Diese Konflikte sind von unterschiedlicher, jedoch messbarer Intensität: 74 Konflikte werden als Krisen klassifiziert<sup>25</sup> und finden zum Teil im Herzen Europas statt. Die Zahl dieser Konflikte nahm zwischen 2004 (50 Krisen) und 2005 (74 Krisen) deutlich zu. 2005 wurden außerdem 24 noch gewaltintensivere Krisensituationen (darunter zwei Kriege) verzeichnet, die sich in Afrika, im Mittleren Osten und in Asien abspielen, Regionen, mit denen die Europäische Union wichtige politische und wirtschaftliche Beziehungen unterhält.

20. S. Karte Nr. 1 – Einsätze des MIC innerhalb und außerhalb der Europäischen Union seit 2002.

21. S. Karte Nr. 3 – Einsätze und regionale ECHO-Büros im Jahre 2005.

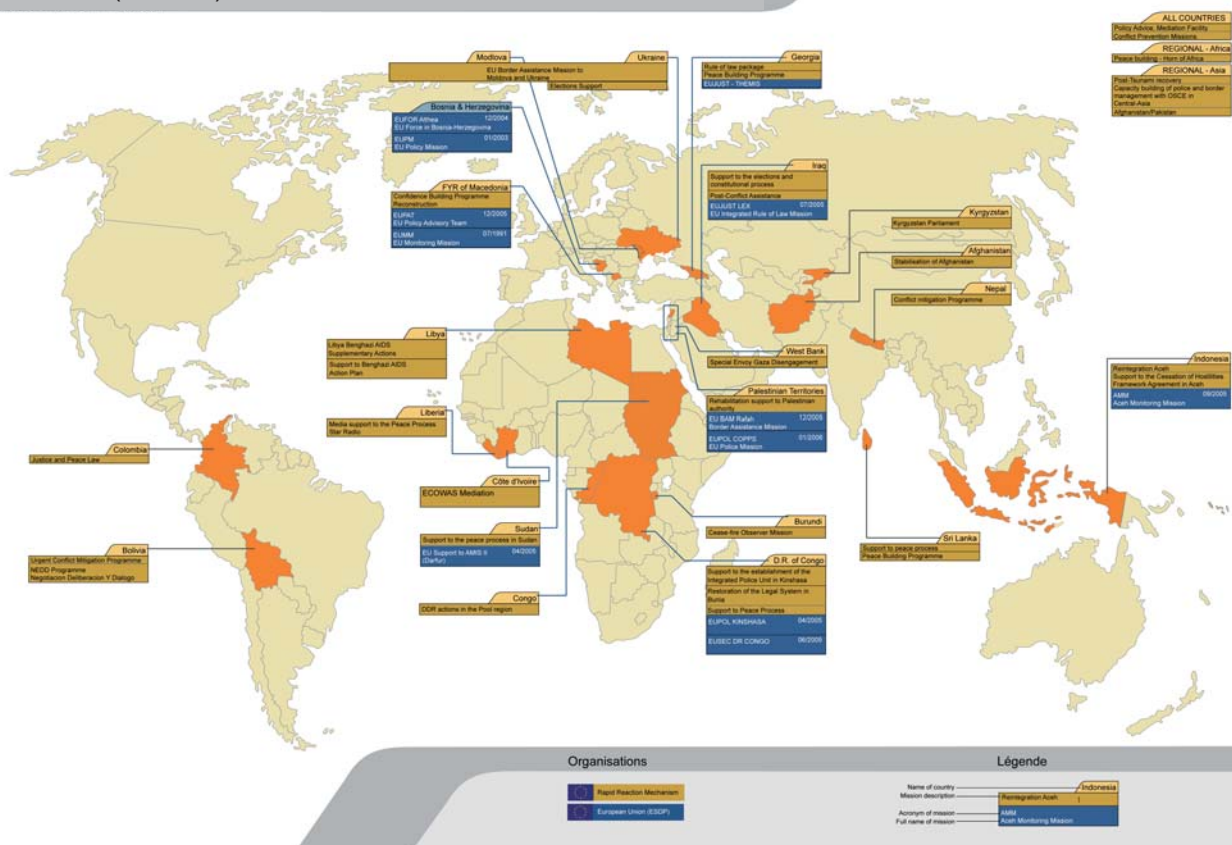
22. S. Karte Nr. 4 – Zivile Krisenbewältigung und Maßnahmen im Rahmen des Krisenreaktionsmechanismus (2001-2006).

23. Europäische Sicherheitsstrategie, vorgeschlagen vom Generalsekretär/Hohen Vertreter Javier Solana und angenommen von den Staats- und Regierungschefs auf der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel vom 12. Dezember 2003.

24. Konfliktbarometer 2005 (Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung).

25. D. h., dass von mindestens einer Konfliktpartei sporadisch Gewalt eingesetzt wird.

Karte Nr. 4 Zivile Krisenbewältigungsmaßnahmen und Einsätze mit Krisenreaktionsmechanismus (2001-2006)



## 2. Die Instrumente der Europäischen Union

Der Mehrwert der Europäischen Union liegt in den Instrumenten, über die sie verfügt und die es ermöglichen, den **gesamten Zyklus einer Krise abzudecken**.

### A. Maßnahmen im Vorfeld der Reaktionen auf Krisen

Die Vorbereitung von Reaktionen auf eine Krise betrifft alle Arten von Krisen, ob es sich um Reaktionen auf Naturkatastrophen oder um Krisenprävention handelt; dabei kommen eine Reihe von horizontalen und sektoralen Maßnahmen zum Einsatz.

#### ➔ Überwachung von Umwelt und Sicherheit

Die EU hat sich mit einem **horizontalen Instrument**, dem System GMES<sup>26</sup>, ausgestattet, um die Defizite der nationalen Überwachungssysteme auszugleichen, die mit unterschiedlichen nationalen Kapazitäten und Standards arbeiten.

Die Europäische Weltraumorganisation implementiert die Weltraumkomponente, die Europäische Kommission leitet die Maßnahmen zur Identifikation und die Entwicklung der Dienste für die politischen Entscheidungsträger. Das System soll als Entscheidungshilfe in **Umwelt- und Sicherheitsfragen** eingesetzt werden.

26. Angekündigt in der Mitteilung der Europäischen Kommission an den Rat und an das Parlament, am 10.11.2005 – KOM (2005) 565 endg.

Diese unter der Federführung der Europäischen Union durchgeführte Initiative soll bis 2008 die Bereitstellung von **drei Schnelldiensten (Land-, Schiffs- und Notdiensten)** ermöglichen. Zusätzlich werden Möglichkeiten zur Schaffung weiterer Kapazitäten im Bereich der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (EUREK) eröffnet. Alle erdenklichen zivilen und militärischen Synergien sollten angepeilt werden, um eine bessere Nutzung der Ressourcen sicherzustellen, wobei auf Komplementarität mit dem bereits auf diesem Gebiet tätigen EU-Satellitenzentrum zu achten sein wird.

Zur Unterstützung des Programms GMES wird bei der Generaldirektion Unternehmen und Industrie der Europäischen Kommission ab dem 1. Juni 2006 ein Büro für die globale Überwachung von Umwelt und Sicherheit (GMES) eingerichtet.

### ➔ Verhütung von Naturkatastrophen

Die Kommission hat in enger Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen **vorbeugende Maßnahmen finanziert**, die die Reaktionsfähigkeit der Europäischen Union verbessern werden. Das Global Disaster Alert and Coordination System<sup>27</sup>, ein weltweites Warn- und Koordinierungssystem für den Katastrophenfall, ermöglicht eine Evaluierung der Auswirkungen von Naturkatastrophen.

Der Verlust an Menschenleben anlässlich der Flutwellenkatastrophe hätte zumindest in den weiter vom Epizentrum gelegenen Regionen geringer ausfallen können, wenn Frühwarnsysteme vorhanden gewesen wären (Katastrophenprävention). Auch die durch das Erdbeben von Bam verursachten Personen- und Sachschäden wären weniger schlimm ausgefallen, wenn die Bauten strengen Erdbebenschutz-Vorschriften entsprochen hätten (Eindämmung von Katastrophen). Erdbeben können durch gute Raumplanung verhindert werden (Katastrophenprävention). **Im Bereich der Forschung** hat die Kommission zahlreiche Expertensitzungen veranstaltet. Außerdem wurden in einem Workshop über das Tsunami-Risiko in Europa eine Bestandsaufnahme erstellt und die Bedürfnisse der Forschung im Bereich der Frühwarnsysteme ermittelt. Auf einem weiteren Seminar über die Auswirkungen von Flutwellen und Naturkatastrophen wurde die Frage der sozio-ökonomischen Folgen von Flutwellen erörtert. Im Zusammenhang mit diesen Aspekten werden im Rahmen der Forschungsprogramme regelmäßig Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlicht. Die Kommission koordiniert ferner die Erstellung einer Studie über Tsunami- Frühwarnsysteme.

**Im Rahmen des Programms DIPECHO** (ECHO-Plan für Katastrophenschutz) wurden von 1996 bis 2004 weltweit über 319 Projekte in Höhe von insgesamt 78 Mio. EUR finanziert. Ziel dieses Programms ist die Ausbildung, der Ausbau der Reaktionsfähigkeit, die Sensibilisierung, die Bereitstellung von Frühwarnsystemen, Planungs- und Vorhersageinstrumenten für die Akteure der Zivilgesellschaft und die nationalen und lokalen Behörden. Im Rahmen der Reaktion auf den Tsunami trägt die Kommission auf diese Weise zur Finanzierung des Frühwarnsystems in der Region bei. Sie unterstützt auch den Katastrophenschutz, der in die Entwicklungszusammenarbeit integriert wird.

**Das Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz** ermöglicht die Vorbereitung eventueller Reaktionen auf Katastrophen. Das Verfahren wird durch eine Datenbank mit Angaben zu den auf nationaler Ebene für Hilfeinsätze verfügbaren Ressourcen unterstützt. Damit können die Mitgliedstaaten - bevor ein Notfall eintritt - in Erfahrung bringen, welche Art von Unterstützung im Rahmen des Verfahrens verfügbar ist. Dadurch können sie in Notfällen wertvolle Zeit sparen und die erforderlichen Maßnahmen treffen, um diese Hilfe gegebenenfalls in Anspruch zu nehmen. Außerdem ermöglicht ihnen das Wissen um die verfügbaren Hilfen, die auf nationaler Ebene vorhandenen Ressourcen nach Wichtigkeit einzustufen und die Synergien und die Komplementarität der Ressourcen auf Gemeinschaftsebene zu fördern, was zu einer Verbesserung des Katastrophenschutzes in der gesamten EU führt. Das Verfahren konnte auch den Inhalt der vom EU-Militärstab (EUMS) erstellten Militärdatenbank übernehmen, der einen breiten Überblick über alle für das Krisenmanagement im Katastrophenfall verfügbaren Ressourcen liefert.

In den vergangenen Monaten hat die Kommission Szenarios ausgearbeitet, anhand derer die Ressourcen bestimmt werden sollen, die in den Mitgliedstaaten im Fall eines schweren Terroranschlags verfügbar sind. Diese Ressourcen werden in die Datenbank aufgenommen. Die Evaluierung ermöglicht es den Mitgliedstaaten, Lücken und Schwachpunkte der europäischen Katastrophenhilfe zu ermitteln und ist unverzichtbar im Hinblick auf die Verbesserung der Interoperabilität der verfügbaren Mittel. Die Arbeit muss auf Natur- und andere Katastrophen ausgeweitet werden, bei denen der Katastrophenschutz sehr wahrscheinlich mobilisiert werden wird.

In die Datenbank zum Katastrophenschutz aufgenommene Experten und Teamleiter werden zur Teilnahme an einem Schulungsprogramm mit Kursen, Übungen und einem Expertenaustausch aufgefordert. Die Gemeinschaft muss sichergehen, dass Teams und Ressourcen nach der Entsendung effizient

27. Siehe [www.gdacs.org](http://www.gdacs.org)

und nach anerkannten Normen und Methoden zusammenarbeiten können. Bisher haben mehr als 300 Teamleiter und Experten an den im Rahmen des Gemeinschaftsverfahrens organisierten Schulungen teilgenommen. Die Kommission hat außerdem eine Reihe von Simulationsübungen finanziert, an denen Katastrophenschutzteams aus verschiedenen Mitgliedstaaten teilnahmen, um eine vollständige Interoperabilität zwischen den Teams zu gewährleisten. Durch Investitionen in Schulung, Übungen und Reaktionsbereitschaft konnte in den vergangenen Jahren eine wirksame Mobilisierung der Katastrophenhilfe für betroffene Länder innerhalb und außerhalb der EU gewährleistet werden.

Ein gemeinsames Kommunikations- und Informationssystem für Notfälle (CECIS) wird derzeit aufgebaut; es soll den wirksamen Informationsaustausch zwischen dem MIC und den nationalen Kontaktstellen gewährleisten. Schließlich ist das Referat Bevölkerungsschutz der Kommission für zwei Katastrophenschutzprogramme zuständig: das Aktionsprogramm für Katastrophenschutz und das Programm zur Verhütung von Meeresverschmutzung, die darauf abzielen, die Anstrengungen der Mitgliedstaaten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zum Schutz von Personen und Sachen und damit auch der Umwelt bei Natur- und Technologiekatastrophen zu unterstützen und zu ergänzen. Ferner sollen die Zusammenarbeit, der Erfahrungsaustausch und der gegenseitige Beistand der Mitgliedstaaten in diesem Bereich gefördert werden.

#### ➔ Vorbereitung auf einen Krisenfall im Gesundheitsbereich

**Das operative Zentrum für das Management von gesundheitlichen Krisensituationen (HEOF – Health Emergency Operations Facility)** soll der Kommission einen umfassenden Überblick über Pandemien und Epidemien bieten sowie entsprechende Informationen und Daten liefern. Außerdem soll das System die Kommunikation zwischen den Krisenmanagern der 25 Mitgliedstaaten, den Krisenmanagern der assoziierten Staaten, den internationalen Gesundheitseinrichtungen und den Fachleuten aus dem Bereich der medizinischen Notfallhilfe fördern. Die in den beiden ersten Jahren gewonnenen Erfahrungen zeigen, dass die Reaktionsfähigkeit und die Bereitschaftsplanung für Krisenfälle im Gesundheitsbereich verbessert werden müssen, und dass die Kommission in die Koordinierung der Maßnahmen im Falle von Krisen im Gesundheitsbereich und grenzübergreifenden bioterroristischen Anschlägen eingebunden werden muss.

Das Zentrum verfügt derzeit über zwei funktionsfähige Warnsysteme und ein in Entwicklung befindliches System:

- ➔ das Gemeinschaftliche Frühwarn- und Reaktionssystem (EWRS): dieses Schnellwarnsystem kommt im Falle von übertragbaren Krankheiten zum Einsatz (entsprechende Notfälle werden von den Mitgliedstaaten via Krisenraum und Kommunikationszentrum gemeldet);
- ➔ RAS-BICHAT, das Schnellwarnsystem, das im Falle einer Bedrohung durch biologische und chemische Stoffe zum Einsatz kommt und die Kommunikation zwischen dem Ausschuss für Gesundheitssicherheit und den Kontaktstellen der Mitgliedstaaten gewährleistet;
- ➔ RAS-CHEM, das die Kommunikation zwischen den Giftzentren der EU gewährleistet.

2006 wird das operative Zentrum für das Management von gesundheitlichen Krisensituationen, das mit eigenen Haushaltsmitteln ausgestattet wurde, neue Hardware und Software anschaffen, mit der es in der Lage sein wird:

- ➔ den Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu geben, angemessener auf Gesundheitsprobleme, Epidemien und bioterroristische Anschläge zu reagieren;
- ➔ der Kommission eine globale Übersicht über die Gesundheitslage zu verschaffen;
- ➔ Kenntnisse über das europaweite Management von Gesundheitskrisen aufzubauen und weiterzugeben;
- ➔ die Lage im Krisenfall zu beurteilen und darüber zu entscheiden, ob die für die Gesundheit zuständigen Gemeinschaftsinstanzen informiert werden müssen;
- ➔ die Tätigkeit der für die Gesundheit zuständigen EU-Instanzen mit derjenigen der internationalen Einrichtungen abzustimmen;
- ➔ die Kommunikation zwischen den Experten aus den verschiedenen Bereichen, den Einrichtungen der Mitgliedstaaten, der Weltgesundheitsorganisation und den anderen internationalen Organisationen zu verbessern und den Erfahrungsaustausch zu fördern;
- ➔ die Führungsvorgehens- und Kontrollregelungen der Mitgliedstaaten bei Notfallmaßnahmen auf Gemeinschaftsebene zu koordinieren.

## → Konfliktverhütung

Die Maßnahmen, um zu verhindern, dass **natürliche Ressourcen** zur Finanzierung von Konflikten genutzt werden, gewinnen zunehmend an Bedeutung. Dabei ist insbesondere der entscheidende Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zum Kimberley-Prozess hervorzuheben, einer multilateralen Initiative zur Unterbindung des Handels mit „Konfliktdiamanten“. Die wichtigsten Herausforderungen bestehen jetzt darin, die im Rahmen des Kimberley-Prozesses bereits erzielten positiven Ergebnisse zu konsolidieren und zumindest einige Elemente dieses Prozesses auf andere „Risiko-Ressourcen“ wie beispielsweise Gold, Coltan oder Holz<sup>28</sup> zu übertragen.

### Kimberley-Prozess: Die Handelspolitik im Dienste der Konfliktverhütung

Der Kimberley-Prozess wurde im Jahre 2000 von einer Koalition aus Regierungen, NRO und der Diamantenindustrie initiiert, um den Handel mit den so genannten „Konfliktdiamanten“ zu unterbinden – Diamanten, die in Konfliktzonen gefördert und von Rebellenbewegungen zur Finanzierung von Konflikten genutzt werden, wie es beispielsweise während der Bürgerkriege in Angola, Sierra Leone oder in der Demokratischen Republik Kongo Ende der neunziger Jahre der Fall war. Seit Januar 2003 ist das Zertifikations-system des Kimberley-Prozesses (KPCS) vorgeschrieben. Dieses multilaterale Handelsinstrument verpflichtet alle teilnehmenden Staaten (sowie die Europäische Gemeinschaft, deren Teilnahme alle EU-Staaten einschließt), sich bei Produktion von und Handel mit Rohdiamanten an gemeinsame Standards zu halten und sich insbesondere zu vergewissern, dass jeder internationalen Diamantensendung ein Kimberley-Zertifikat beiliegt, das die legale Herkunft der Diamanten bescheinigt. Das System sieht strenge Bestimmungen im Bereich der internationalen Kontrollen sowie die Möglichkeit von Disziplinarmaßnahmen im Falle von schweren Verstößen vor. Das KPCS deckt mittlerweile praktisch den gesamten weltweiten Rohdiamantenhandel ab. Seine positiven Auswirkungen auf Konfliktverhütung und Friedenssicherung (durch eine verstärkte Kontrolle des Diamantenhandels) in Ländern wie die Demokratischen Republik Kongo oder Sierra Leone sind mittlerweile offensichtlich, obwohl in zahlreichen Ländern im Bereich der internen Kontrollen noch erhebliche Anstrengungen notwendig sind.

## B. Nothilfe

**Nothilfemaßnahmen werden ergriffen, um menschliches Leiden zu lindern.** Sie bestehen in erster Linie aus humanitärer Hilfe, wobei Katastrophenschutzressourcen eingesetzt werden können (z. B. im Falle einer Naturkatastrophe).

Die Soforthilfe umfasst die Lieferung von Nahrungsmitteln, Trinkwasserversorgung, Lieferung von Krankenhausmaterial, von Zelten für Flüchtlinge, Bereitstellung von Ärzten usw. Sie beschränkt sich nicht auf Naturkatastrophen. **Naturkatastrophen können ebenfalls im Kontext eines langandauernden Konflikts auftreten**, wie beispielsweise die Überschwemmungen im Süden Algeriens, von denen die saharaischen Flüchtlinge betroffen sind; hier leistet ECHO regelmäßig Hilfe, und das Informations- und Beobachtungszentrum des Gemeinschaftsverfahrens für den Katastrophenschutz sorgte während der akuten Notstandsphase für die Beförderung zusätzlicher Hilfsgüter auf dem Luftweg.

Die Nothilfemaßnahmen beschränken sich also nicht auf die Tage und Wochen nach der Katastrophe. Ihre Dauer richtet sich nach den Bedingungen an Ort und Stelle. Nach einem Erdbeben kann der Bedarf an Feldkrankenhäusern oder Wasseraufbereitungsanlagen während mehreren Monaten anhalten, wenn die entsprechenden Anlagen vor Ort zerstört wurden.

## → ECHO

ECHO hat Katastrophenreaktionsmechanismen entwickelt, die sich bereits in zahlreichen Fällen bewährt haben, eine Tatsache, die durch eine Reihe von Evaluierungen sowie Rechnungsprüfungen des Europäischen Rechnungshofes bestätigt wird.

28. Um den Handel mit Tropenholz zum Zwecke der Finanzierung von bewaffneten Konflikten zu unterbinden, hat die Kommission mit der Durchführung des Programms „Forest Law Enforcement, Governance and Trade“ begonnen, das insbesondere ein bilaterales System zur Zertifizierung der Tropenholzexporte aus bestimmten Partnerländern in die EU vorsieht.



Das von ECHO eingerichtete Schnellwarnsystem (mit einem Bereitschaftsdienst rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche), kombiniert mit flexiblen Verfahren für Dringlichkeitsbeschlüsse (binnen 72 Stunden nach einer Katastrophe, mit einem Finanzvolumen von 3 Mio. EUR), ermöglichen sehr schnelle Reaktionen auch in Urlaubszeiten (wie z. B. beim Erdbeben in Bam und beim Tsunami). Seit 2001 verfügt die Kommission über ein Schnellverfahren für Dringlichkeitsbeschlüsse, mit dem sie schnell bis zu 3 Mio. EUR für UN-Organisationen, Rot-Kreuz-Gesellschaften und NRO bereitstellen kann, bevor zu einem späteren Zeitpunkt Beschlüsse über umfangreichere Finanzhilfen getroffen werden. So wurde nach dem Tsunami die erste Finanzhilfe in Höhe von 3 Mio. EUR noch am Tag der Katastrophe bereitgestellt. Neben der finanziellen Hilfe entsendet ECHO auch Experten an Ort und Stelle, um eine gute Koordinierung zu gewährleisten und Bedarfsanalysen durchzuführen. Derzeit arbeiten weltweit 100 internationale Experten in rund sechzig Büros, davon sechs Büros mit schneller Reaktionskapazität.

## Die Sofortmaßnahmen bei den Erdbeben in Algerien, im Iran, in Marokko und Pakistan

**ALGERIEN:** Am 21. Mai 2004 wurde der Norden Algeriens von einem Erdbeben erschüttert. Für den dringendsten humanitären Bedarf stellte die Kommission (ECHO) 1 Mio. EUR als Hilfe bei der ärztlichen und Gesundheitsversorgung und für die Bereitstellung von Unterkünften zur Verfügung. Eine weitere Mio. EUR wurde einige Monate später bereitgestellt, um Menschen zu helfen, die immer noch ohne Bleibe waren. Die Gegenwart eines dauerhaft in Algier stationierten Sachverständigen für humanitäre Fragen erleichterte die Koordinierung der Intervention. Das Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz wurde am selben Tag eingeschaltet, was dazu führte, dass 19 Einsatzteams des Katastrophenschutzes bereit gestellt wurden, darunter Such- und Rettungsmannschaften und Feldlazarette sowie ein europäisches Koordinierungsteam.

**IRAN:** Das Erdbeben in Bam am 26. Dezember 2003 forderte zwischen 30 000 und 40 000 Opfer. Trotz guter nationaler Kapazitäten sowohl der iranischen Behörden als auch des iranischen Roten Halbmonds war das Ausmaß des Bebens so groß, dass der Iran an die internationale Solidarität appellierte. Die Kommission verabschiedete am 27. Dezember 2003 einen Finanzierungsbeschluss über 2,3 Mio. EUR für den Internationalen Verband vom Roten Kreuz, UNICEF und NROs, um den Grundbedarf an Nahrungsmitteln, die Bereitstellung von Zelten, die Einrichtung eines Feldlazaretts – das seine Funktion acht Monate lang aufrecht erhielt –, die Trinkwasserversorgung und die Abwasserentsorgung sowie die logistische Unterstützung (Einrichtung einer Telekommunikationszentrale) der vor Ort tätigen Organisationen sicherzustellen. Zwei Experten wurden entsandt, um die Koordination mit den anderen Beteiligten sicherzustellen, insbesondere der Mannschaft von OCHA. Diese Sofortmaßnahme wurde sechs Wochen später durch Bereitstellung weiterer 6,2 Mio. EUR verlängert. Gleichzeitig unterstützte und erleichterte das Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz die Bereitstellung und Koordinierung von 13 europäischen Einsatzteams des Katastrophenschutzes, beispielsweise Such- und Rettungsmannschaften sowie Ärzteteams.

**MAROKKO:** Am 24. Februar 2004 wurde Marokko von einem schweren Erdbeben erschüttert. Das Beobachtungs- und Informationszentrum (MIC) nahm in Abstimmung mit dem Vorsitz rasch Kontakte mit der EU-Delegation in Marokko und mit der Vertretung Marokkos bei der EU auf. Am Abend desselben Tages ersuchten die marokkanischen Behörden über das MIC um europäischen Beistand. Daraufhin richtete das MIC an alle am Gemeinschaftsverfahren beteiligten Länder ein Ersuchen um unverzügliche Unterstützung, was zur Entsendung mehrerer Such- und Rettungsmannschaften, von medizinischer Hilfe und Generatoren führte. Gleichzeitig wurde in enger Abstimmung mit dem Vorsitz ein europäisches Koordinationsteam eingesetzt, um die Teams des Katastrophenschutzes zu koordinieren. Ferner wurde gleichzeitig von ECHO ein Experte für humanitäre Fragen zur Beurteilung der Lage entsandt. Am 26. Februar wurden Hilfsmittel in Höhe von 975 000 EUR für Marokko bereitgestellt, bestehend aus medizinischer Hilfe, Abwasserentsorgung (Bereitstellung von Trinkwasser) und Notunterkünften.

**PAKISTAN:** Die Solidarität der EU fand ihren Ausdruck in einer umfangreichen und schnellen Hilfe. Höhe und Art der bereitgestellten Unterstützung spiegeln das Ausmaß der Bedürfnisse und der Schwierigkeiten vor Ort wider. Zwischen dem Zeitpunkt des Erdbebens am 8. Oktober und Mitte Dezember wurden in mehreren Schritten 48 Mio. EUR bereit gestellt, um den unmittelbaren und späteren Bedarf abzudecken. Die Soforthilfe umfasst die Bereiche Gesundheit, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Bereitstellung von Zelten, Nahrungsmitteln, Grundbedarfsartikeln sowie Logistik (Verkehr und Telekommunikation) und Koordinierung. Vor Ort wurde die bereits in Pakistan vertretene Mannschaft von ECHO verstärkt, um den Bedarf zu ermitteln, die finanzierten Maßnahmen weiterzuverfolgen und bei der Koordinierung mitzuwirken. Das Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz unterstützte und erleichterte die Bereitstellung und Koordinierung von rund 20 Mannschaften des Katastrophenschutzes in den ersten Tagen nach der Katastrophe. Um den dringendsten Bedürfnissen zu entsprechen wurden mit Hilfe des Gemeinschaftsverfahrens außerdem Zelte, Kunststoffüberzüge, Decken und Matratzen bereitgestellt. In Absprache mit dem Vorsitz wurde ein europäisches Koordinierungsteam eingerichtet.



### → Das Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz

Hierbei handelt es sich um ein neues (2001<sup>29</sup> geschaffenes) und **in seiner Funktionsweise einfaches** Verfahren, durch das die verfügbaren Ressourcen und Mittel<sup>30</sup> der Mitgliedstaaten im Falle von Katastrophen gebündelt werden können. Das Verfahren ist kein Finanzinstrument; sondern beruht auf der Bereitstellung der vorhandenen Mittel (gewöhnlich Such- und Rettungsmaterial, medizinische Dienste, Notunterkünfte, sanitäre Einrichtungen usw.), die erforderlich sind, um in den ersten Tagen nach einer Katastrophe Leben zu retten und Leiden zu verringern. Die Katastrophenschutzmaßnahmen tragen auch zu einem besseren Schutz der Umwelt und der Güter bei, darunter auch das kulturelle Erbe, wodurch wiederum die Verluste an Menschenleben, die Zahl der Verletzten, die materiellen, wirtschaftlichen und Umweltschäden verringert werden.

Kern des Verfahrens ist das Beobachtungs- und Informationszentrum (bekannt unter dem Namen Monitoring and Information Centre – MIC), bei dem rund um die Uhr und an sieben Tagen pro Woche Meldungen eingehen und das die Hilfsersuchen verwaltet. Das Verfahren bezieht sich sowohl auf die EU als auch auf Drittländer. Es deckt alle Mitgliedstaaten, Beitrittsländer und Mitgliedsländer des Europäischen Wirtschaftsraumes ab. Es umfasst somit rund dreißig Länder: EU-25, Bulgarien, Rumänien, Liechtenstein, Norwegen und Island. Es ist unterteilt in eine Interventions-/Tätigkeitsphase und eine Präventions-/Vorbereitungsphase.

Wenn die Katastrophe außerhalb der EU stattfindet, koordiniert der amtierende Vorsitz die diplomatischen und politischen Aspekte. Die Funktionsweise des Verfahrens ist die gleiche wie auf interner Ebene. Ein Hilfsersuchen ist vom ersuchenden Mitgliedstaat an das MIC zu richten, und das MIC leitet dieses Ersuchen an die übrigen dem Verfahren angeschlossenen Mitgliedstaaten weiter. Es koordiniert dann von Fall zu Fall die von den Mitgliedstaaten bereitgestellten Mittel. Darüber hinaus kann das MIC, falls das von der Katastrophe betroffene Land darum ersucht, nur wenige Stunden nach Eintreten der Katastrophe kleine Expertenteams bereitstellen und entsenden. Diese Teams können den spezifischen Bedarf vor Ort ermitteln, die Hilfsmaßnahmen koordinieren und als Verbindungsglieder zu den zuständigen Behörden und den beteiligten internationalen Organisationen fungieren (insbesondere die Vereinten Nationen). Das MIC kann ferner technische Unterstützung bieten, beispielsweise Satellitenbilder.

Durch die Zusammenlegung der verfügbaren Verkehrsmittel wird sichergestellt, dass alle bereitgestellte Hilfe schnell und kostenwirksam geleistet werden kann. Durch die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene können die Mitgliedstaaten einen doppelten Mitteleinsatz verhindern und die Wirksamkeit der gemeinsamen europäischen Reaktion verstärken, wodurch die Solidarität Europas mit den Ländern, die Opfer einer Katastrophe sind, zum Ausdruck kommt.

29. Entscheidung des Rates 2001/792/EG.

30. Beispielsweise Such- und Rettungsausrüstungen, medizinische Dienste, Notunterkünfte usw.

## Einige neuere Beispiele für Maßnahmen des Katastrophenschutzes

Fünf Jahre nach seiner Einrichtung hat das Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz bewiesen, dass es auch unter schwierigen Umständen gut funktioniert.

Am 29. August 2005 traf der Wirbelsturm Katrina mit Windgeschwindigkeiten von 200 km/h auf Louisiana und erreichte das Festland bei Grand Isle 90 km südlich von New Orleans. Er verursachte in der ganzen Stadt New Orleans Schäden und machte Tausende Menschen obdachlos. Innerhalb von 24 Stunden standen fast 80% der Stadt unter Wasser. Die Situation verschlimmerte sich noch durch die allgemeinen sanitären Bedingungen und die fehlende Rechtsstaatlichkeit. An mehreren Stellen der Stadt entstanden auch Brände.

Unverzüglich wurden informelle Kontakte zwischen den Vereinigten Staaten, der Delegation der Kommission in Washington, dem MIC und dem britischen Vorsitz hergestellt. Die Vereinigten Staaten richteten ein offizielles Hilfsersuchen an das MIC (am Sonntag, dem 4. September, um 6.32 Uhr) und den britischen Vorsitz. Dieses Ersuchen wurde von den amerikanischen Behörden über die Delegation der Kommission in Washington gestellt. Die europäische Reaktion wurde über das Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz gesteuert.

24 Stunden nach diesem Ersuchen um europäische Hilfe kam das erste, von dem Verfahren entsandte Frachtflugzeug mit Notfallausrüstung an. Am zweiten Tag hatten alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union praktische und spezifische Hilfe angeboten – Ärzteteams, leistungsstarke Pumpen, Fertig Mahlzeiten, Schiffe als Notunterkünfte usw.

Das amerikanische Hilfsersuchen bildete den Abschluss eines Jahres, in dessen Verlauf das Verfahren sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU stark beansprucht wurde. In Südostasien wurden Feldlazarette verteilt, und Rettungsmannschaften und Fachärzte dahin entsandt. Die Slowakei und Deutschland schickten Pumpen und Generatoren, Österreich und Belgien Sandsäcke in die von Überschwemmungen betroffenen Gebiete in Rumänien und Bulgarien. Flugzeuge zur Brandbekämpfung aus Frankreich und Italien und Hubschrauber aus Deutschland und den Niederlanden waren an der Bekämpfung der Waldbrände in Portugal beteiligt. Nach dem Erdbeben in Pakistan boten 25 der an dem Verfahren beteiligten Länder ihre Hilfe in Form von Nahrungsmitteln, Decken, Ärzteteams, Hilfs- und Rettungsmannschaften, Ausrüstungen oder Geld an. Eine Reihe von Hilfs- und Rettungsmannschaften wurden während der ersten Phase der Operation entsandt.

In all diesen Notfällen spielten das Verfahren und sein Beobachtungs- und Informationszentrum eine wesentliche Rolle bei der Verbreitung von Informationen über alle beteiligten Akteure. Dadurch wurde eine wirksame und optimale Nutzung der verfügbaren Katastrophenschutz-ausrüstungen an den Stellen, wo Hilfe gebraucht wurde, ermöglicht.

31. Anhang 3 –  
Rehabilitation und  
Wiederaufbauhilfe  
für die vom Tsunami  
betroffenen Länder.

## C. Langfristige Maßnahmen vorbereiten

**Durch diese „Konsolidierungsmaßnahmen“ kann die vorausgegangene Phase sowohl auf wirtschaftlicher als auch auf politischer Ebene verstärkt werden, um den Wiederaufbau vorzubereiten. Im Vorfeld müssen daher Maßnahmen ermittelt werden, die eine langfristige Reaktion auf Katastrophen ermöglichen.**

Die Europäische Union leistet damit einen wichtigen Beitrag in den Regionen, in denen Konflikte ausgetragen werden (Afghanistan 2002, Irak 2003), sowohl auf humanitärer Ebene als auch beim Wiederaufbau. Durch ihr Delegationsnetz (weltweit mehr als 130) kann sie diese Bemühungen wirkungsvoll unterstützen. Die Wiederaufbauprogramme spielen auch eine entscheidende Rolle bei der Reaktion im Krisenfall, wie noch vor kurzem beim Beitrag der Kommission zur Bekämpfung der Vogelgrippe in Asien (80 Mio. EUR). Dies gilt aber auch für den Tsunami<sup>31</sup> oder Pakistan.

Die *humanitäre Hilfe* wird verlängert und damit zum Bindeglied zwischen der Soforthilfe, der Rehabilitation und der Entwicklung, wenn ihre Soforthilfeprogramme so angepasst werden, dass sie langfristige Maßnahmen unterstützen.



Eine sektorale Regelung von Krisen ist entstanden, deren interessantestes Element zweifellos der 2001 eingerichtete *Krisenreaktionsmechanismus* ist. Er ermöglicht der Europäischen Union eine schnelle Reaktion, ohne geografische Beschränkungen, und in den ersten sechs Monaten der Krise, auf die Bedürfnisse von Ländern, die eine große politische Instabilität erleben oder unter den Auswirkungen einer Katastrophe leiden. Der Krisenreaktionsmechanismus (und das Stabilitätsinstrument im Rahmen der zukünftigen finanziellen Vorausschau) führt inzwischen Maßnahmen ziviler Art durch (ausgenommen humanitäre Hilfe), um in Krisensituationen oder bei heraufziehenden Krisen stabile Bedingungen aufrechtzuerhalten oder wieder herzustellen. Diese sind dann wesentliche Voraussetzungen für die Umsetzung der humanitären Hilfe über die Hilfs- und Zusammenarbeitsprogramme und -politiken. Auf der Stufe des Krisenreaktionsmechanismus betreffen die entwickelten Maßnahmen sowohl den wirtschaftlichen als auch den politischen Bereich (wie beispielsweise Hilfe zum Wiederaufbau eines Staates oder aber die Errichtung der Demokratie).

Die *Friedensfazilität für Afrika*, eingerichtet im Mai 2004, ist eines der innovativsten außenpolitischen Instrumente der Europäischen Union. Sie wurde auf Grund eines Ersuchens führender afrikanischer Politiker geschaffen, die im Juli 2003 auf dem Gipfeltreffen der Afrikanischen Union in Maputo die Europäische Union aufforderten, ein Instrument zur Unterstützung der afrikanischen Führung im Bereich Frieden und Sicherheit auf dem Kontinent zu schaffen. In ihr sind die Grundsätze der Eigenverantwortung Afrikas, der Solidarität und der Partnerschaft zwischen Afrika und Europa verankert. Auf der Grundlage des Abkommens von Cotonou<sup>32</sup> trug die Friedensfazilität gleichzeitig zu Sicherheit und Entwicklung bei, indem 250 Mio. EUR des Europäischen Entwicklungsfonds für Frieden und Sicherheit aufgewandt wurden. Die Strategie der Friedensfazilität bestand darin, afrikanische Organisationen bei friedensfördernden Maßnahmen zu unterstützen. Die Friedensfazilität unterstützte so zwei Maßnahmen in der Zentralafrikanischen Republik (FOMUC), drei sukzessive Maßnahmen in Darfur und im Sudan (AMIS).

## Die Krise in Darfur

Die Krise in Darfur brach im Februar 2003 aus und entwickelt sich rasch zu einem komplexen militärischen Konflikt und einer großen humanitären Katastrophe, die im Laufe von drei Jahren zur Vertreibung von etwa 2 Millionen Menschen, mehr als 100 000 Flüchtlingen im Tschad und einer auf 200 000 bis 400 000 geschätzten Zahl von Opfern führte.

Die Europäische Union war aktiv an der wirtschaftlichen und politischen Reaktion auf diese Krise beteiligt. Es gelang ihr, ein Krisenmanagementkonzept mit einem globaleren Konzept zu kombinieren und gleichzeitig der Umwandlung des sudanesischen Macht- Mittel- und Einflussystems und der regionalen und internationalen Dimension Rechnung zu tragen.

Die politische Lösung der Krise in Darfur ist ein wichtiger Faktor für den Erfolg des umfassenden Friedensabkommens, das im Januar 2005 unterzeichnet wurde und einen Nord-Süd-Konflikt beendete, der mehr als 20 Jahre gedauert hatte. In diesem Zusammenhang baute die politische Reaktion der Europäischen Union auf einer grundlegenden Partnerschaft mit der afrikanischen Union auf, unter Aufrechterhaltung ihrer führenden Rolle bei den Verhandlungen von Abuja. Seit Januar 2004 leisten die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten der afrikanischen Union nämlich wichtige Unterstützung bei der Stabilisierung der Lage in Darfur. Diese Unterstützung findet ihren Ausdruck in den Gesprächen von Abuja, der Waffenstillstandskommission und der Unterstützung bei der Planung, durch Ausrüstung und Finanzmittel im Rahmen der Mission der Afrikanischen Union (AMIS). Sie zeigt sich auch in der Ernennung des Sonderbeauftragten der Europäischen Union, P. Haavisto, im Juli 2005.

Um eine humanitäre Soforthilfe zu ermöglichen unterzeichneten die Konfliktparteien am 8. April im Anschluss an die Gespräche in N'Djameina unter Vermittlung des Tschad eine Waffenstillstandsvereinbarung. Seither hat eine Mission der afrikanischen Union (AMIS) damit begonnen, zunächst 120 Waffenstillstandsbeobachter zu entsenden; sie hat inzwischen 7600 Soldaten erreicht.

Seit 2003 verteilt die Europäische Union humanitäre Hilfe (durch ECHO) und Nahrungsmittelhilfe, insbesondere für Flüchtlinge aus Darfur im benachbarten Tschad. Die Unterstützung für Darfur macht fast 70% der humanitären und Nahrungsmittelhilfe für den Sudan aus, die 2005 rund 118,5 Mio. EUR betrug.

32. Artikel 11 über die „Politischen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Friedens, zur Lösung und Vermeidung von Konflikten“.

33. Siehe Anhang 3 –  
Rehabilitation  
und Wiederaufbauhilfe  
für die vom Tsunami  
betroffenen Länder.

Wenn die Reaktion auf eine Krise ein *außenpolitisches Ziel* umfasst, reagiert die Europäische Union im Rahmen der zivilen ESVP über den *Krisenreaktionsmechanismus*. Die zivile Verwaltung von Krisen ist eine neuere Folge der außenpolitischen Maßnahmen der EU und hat in kurzer Zeit ihren Platz an der Seite herkömmlicherer Dimensionen der Außenpolitik eingenommen (Entwicklung, Handel, Umwelt usw.). Seit dem 1. Januar 2003, dem Datum der ersten zivilen Krisenmanagementmaßnahme (Polizeimission der EU in Bosnien), ist die Zahl der Missionen regelmäßig gestiegen (eine im Jahr 2003, sechs im Jahr 2004 und 12 im Jahr 2005). Diese Missionen konzentrieren sich derzeit auf Afrika, den Nahen Osten, den Balkan. Eine Mission wurde außerdem in Indonesien eingeleitet, insbesondere mit dem Ziel, den Friedensprozess zu unterstützen.

## Aceh

Die Maßnahmen der Europäischen Union in Aceh sind ein Beispiel für die Kontinuität und Kohärenz der Maßnahmen der Union in den aufeinander folgenden Phasen einer Krise, d.h. die Soforthilfe, das Krisenmanagement und der Wiederaufbau. Sie verdeutlicht ferner das **starke Potenzial der Instrumente, die der Europäischen Union im Bereich Krisenmanagement und Konfliktlösung zur Verfügung stehen**. So leistete die Europäische Union ab dem 26. Dezember 2004 **humanitäre Soforthilfe und Katastrophenschutz** im Zusammenhang mit dem Tsunami. Und dieses europäische Engagement wurde während des gesamten Jahres 2005 fortgesetzt durch die **Umsetzung von mittel- und langfristigen Wiederaufbauprogrammen**<sup>33</sup>, aber auch in Form einer politischen Reaktion, mit der die Notwendigkeit und Möglichkeit der Unterstützung eines Friedensprozesses zwischen den Rebellen der GAM in der Provinz Aceh und der indonesischen Regierung umfassend ermittelt wurden. Die Maßnahmen der Europäischen Union in Aceh zeigen sich nicht nur in Wiederaufbaumaßnahmen, die sich über mehrere Jahre erstrecken werden, sondern auch in einer politischen Unterstützung für die Stabilisierung der Provinz – eine Stabilisierung, die für einen nachhaltigen Wiederaufbau wesentlich ist.

Die **politische Reaktion** bei dieser Gelegenheit ist ein Beispiel für eine „säulenübergreifende“ Reaktion nach Konflikten/Katastrophen, die zwischen den Institutionen der Europäischen Union koordiniert wird:

a) Die Kommission unterstützte ab April 2005 über den **Krisenreaktionsmechanismus** die Vermittlungsbemühungen von Präsident Ahtisaari bei den Gesprächen zwischen der indonesischen Regierung und der Bewegung Freies Aceh (GAM). Diese Verhandlungen führten am 15. August 2005 zur Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen den Parteien.

b) Im Juli 2005 ersuchten die indonesischen Behörden die Europäische Union um Unterstützung bei der Umsetzung der abschließenden Einigung zwischen den Parteien. Ein ähnliches Schreiben wurde an fünf ASEAN-Länder gerichtet. Der Rat leitete eine **zivile Krisenmanagementmaßnahme (AMM – Aceh Monitoring Mission)** in die Wege; sie begann am 15. September mit einer Laufzeit von sechs Monaten und 230 Beobachtern der Europäischen Union und der betroffenen ASEAN-Länder. Ihr Auftrag umfasst insbesondere die Weiterverfolgung der Einsammlung und Vernichtung von Waffen, der Demobilisierung von Kombattanten, des Rückzugs der Regierungstruppen sowie die Aspekte im Zusammenhang mit dem Prozess der politischen Umgestaltung der GAM. Dieser Auftrag wurde vor kurzem bis zum 15. Juni 2006 verlängert, um den Zeitraum bis zu den Kommunalwahlen abzudecken.

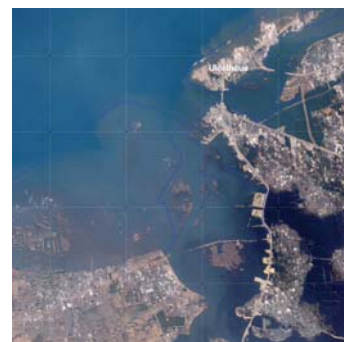
c) Die **Gemeinschaftsinstrumente** tragen auch zur langfristigen Unterstützung des Friedens in Aceh bei, nicht nur durch die Wiederaufbauprogramme im Anschluss an den Tsunami (etwa 350 Millionen für fünf Jahre), aber auch durch Programme, die sich unmittelbar auf Fragen der Governance und der institutionellen Reformen beziehen. Die Kommission führte die folgenden Maßnahmen ein, mit denen der Friedensprozess mittel- und langfristig unterstützt werden soll (etwa 25 Millionen für drei Jahre):

- Unterstützung bei der Wiedereingliederung ehemaliger Gefangener und Kombattanten sowie von durch den Konflikt betroffenen örtlichen Gemeinden (Krisenreaktionsmechanismus und Hilfe für entwurzelte Menschen)
- Unterstützung bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen (Unterstützungsprogramm für Asien und Lateinamerika- ALA)
- Unterstützung der kommunalen Selbstverwaltung (ALA)
- Unterstützung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten (ALA).

Darüber hinaus ist eine **Wahlbeobachtermission der Europäischen Union** vorgesehen, um die ersten Kommunalwahlen zu beobachten.

INDONESIA BANDA ACEH

IKONOS  
January 10, 2003  
PRE-DISASTER IMAGE



IKONOS  
December 29, 2004  
POST-DISASTER IMAGE



# Für die Zukunft : genauere Ermittlung des Bedarfs

## 1. Verbesserung der Krisenreaktionsmaßnahmen der Europäischen Union

Zur Verbesserung der Krisenreaktionsmaßnahmen ist zunächst innerhalb der EU einiges zu erledigen. In der Mitteilung der Kommission vom 20. April 2005<sup>34</sup> wird eine **allgemeine Methodik** für die Reaktion auf äußere Krisen entwickelt. Sie basiert auf drei einfachen Prinzipien: **Bessere Koordination der Krisenreaktionsmaßnahmen, bessere Durchführung der Maßnahmen vor Ort und Schaffung eines speziellen Finanzierungsinstruments für Maßnahmen der EU zur Reaktion auf äußere Krisen** (ausgenommen humanitäre Hilfe, für die bereits ein eigenes Instrument besteht). Seither wurden konkrete Lösungen erarbeitet, von denen einige allerdings noch nicht vollständig umgesetzt sind.

**Diese Methodik muss durch eine umfassende Bedarfsanalyse ergänzt werden.**

Liegt eine Bedarfsanalyse vor, wissen die **Vereinten Nationen**, die die humanitäre Hilfe weltweit koordinieren, im Notfall genau, **über welche Kapazitäten Europa verfügt**. Auf ihrer Grundlage können **die vorhandenen Kapazitäten der Vereinten Nationen ergänzt** werden (insbesondere für die Bewältigung von Industrie- und Umweltrisiken), und sie kann Fortschritte bewirken, die ein **rascheres Eingreifen** ermöglichen.

## 2. Reaktion auf Katastrophen

Bei der Reaktion auf Katastrophen gibt es zunächst ein Kapazitätsproblem. Derzeit gibt es einen Ressourcenverbund lediglich ad hoc. Jeder Mitgliedstaat entscheidet im Einzelfall und nach eigenem Ermessen, ob er in der Lage ist, die zur Bewältigung einer Katastrophe angeforderten Mittel zur Verfügung zu stellen. So hängt es von der Schnelligkeit der nationalen Entscheidungsprozesse in den 25 Mitgliedstaaten ab, wie schnell die europäischen Hilfsorganisationen eingreifen können.

Um von der Einzelfallentscheidung zu einem systematischen Ressourcenverbund für den Katastrophenschutz zu gelangen, müssen gemeinschaftliche Katastrophenschutzmodule benannt oder geschaffen werden. Die Mitgliedstaaten könnten aufgefordert werden, in einer vorgeschlagenen Liste von Ressourcen diejenigen zu benennen, die sie im Notfall zur Verfügung stellen könnten. Sie könnten vereinbaren, eine kleine Zahl von Grundmodulen ständig für Katastropheneinsätze in Europa vorzuhalten. Diese Module wären dann jederzeit sofort einsatzfähig, und der Katastrophenschutz wäre sehr viel schneller zu mobilisieren. Die Module müssten schnell an den Einsatzort gebracht werden können und völlig autonom sein. Sie wären das Kernstück des europäischen Katastrophenschutzes. Ihr Zusammenwirken müsste durch gemeinsame Ausbildung und gemeinsame Übungen gewährleistet werden.

Wo die von den Mitgliedstaaten bereitgestellten Ressourcen für unzureichend gehalten werden, müssen Vorkehrungen getroffen werden, durch die Zugang zu ergänzender Ausrüstung (wie Mehrzweckflugzeuge hoher Tragfähigkeit, mobile Feldlazarette und Hochleistungspumpen) möglich ist, mit der die europäischen Kapazitäten verstärkt werden. Das ist die Voraussetzung dafür, dass die Gemeinschaft jederzeit auf ein Hilfersuchen eines Mitgliedstaates oder eines Drittlandes reagieren kann, auch wenn die Mittel des betroffenen Staates oder der anderen Mitgliedstaaten unzureichend sind oder nicht zur Verfügung stehen. So wäre ein erhöhtes Schutz- und Sicherheitsniveau gewährleistet, das ein allein handelnder Mitgliedstaat nicht gewährleisten kann.

Dieses Konzept würde es den Mitgliedstaaten auch erlauben, in ihrer nationalen Planung die Möglichkeit einer Hilfe auf EU-Ebene berücksichtigen, für den Aufbau von Ressourcen Prioritäten setzen und die Maßnahmen der EU kosteneffektiver machen. Die Mitgliedstaaten könnten so:

34. Stärkung der Reaktion der EU auf Katastrophen und Krisen in Drittländern, KOM(2005) 153 endgültig.

- von Größendegressionsvorteilen profitieren und übermäßig hohe Kosten für sich vermeiden;
- sicher sein, dass Hilfe in einem Mindestumfang jederzeit zur Verfügung steht und rasch mobilisiert werden kann;
- die vom Europäischen Rat gemachte Zusage solidarischer Hilfe und den von ihm geäußerten Wunsch nach gemeinschaftlichen Kapazitäten für schnelles Eingreifen im Katastrophenfall Wirklichkeit werden lassen;
- innerhalb der EU ein Sicherheitsnetz knüpfen, das jedem Mitgliedstaat die Gewissheit gibt, dass im Katastrophenfall die anderen Mitgliedstaaten ihm bereitwillig ihre Einsatzmittel zur Verstärkung seiner eigenen Einsatzmittel Verfügung stellen.

Auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen mit dem Gemeinschaftsverfahren zur Koordinierung des Katastrophenschutzes lassen sich **fünf Arten von Katastrophen** benennen, bei denen Hilfeersuchen sehr wahrscheinlich sind und bei denen der Nutzen einer engeren Zusammenarbeit auf europäischer Ebene unbestreitbar ist:

→ **Überschwemmungen:** großflächige, Länder übergreifende Überschwemmungen der Küsten oder des Binnenlandes. Sie zerstören Wohngebäude und Infrastruktur. Tausende von Personen müssen evakuiert werden oder brauchen erste Hilfe. Folgende Stellen außerhalb der EU werden wahrscheinlich um Soforthilfe ersucht: Vereinte Nationen, Rotes Kreuz, NRO und eventuell die NATO. Die Europäische Kommission würde sich mit ihrem Amt für humanitäre Hilfe (ECHO) ebenfalls an den Hilfsmaßnahmen beteiligen.

→ **Waldbrände:** alle Arten von Waldbränden, insbesondere großflächige Brände in Gebieten mit Massentourismus. Sie vernichten Tausende von Hektar Wald und verursachen schwere Schäden an der Umwelt und an Immobilien. Ferienlager und Dörfer werden von der Außenwelt abgeschnitten.

→ **Erdbeben:** Erdbeben (eventuell auch Tsunamis) mit folgenden Merkmalen: Mindeststärke 6 auf der Richter-Skala, Auftreten in dicht besiedeltem Gebiet, nahezu völlige Zerstörung der größeren Städte in der betroffenen Region, große Zahl von Toten und Verletzten, großer Bedarf an Lebensmitteln, Trinkwasser, Decken und Zelten, Zusammenbruch der örtlichen medizinischen Versorgung.

→ **Industrieunfälle/atomare, radiologische, biologische oder chemische Bedrohungen (CBRN):** Freisetzung von gefährlichen Chemikalien, radioaktiven Stoffen, Viren oder Bakterien.

→ **Unfallbedingte Verschmutzung der Meere:** Ölpest infolge Havarie eines mit mehr als 10 000 t Öl beladenen Tankers in schwerem Wetter, die an den Küsten mehrerer Mitgliedstaaten große Umweltschäden, wirtschaftliche Schäden und gesellschaftliche Probleme verursacht.

In der nachstehenden Tabelle ist wiedergegeben, welche wesentlichen Einrichtungen die EU vorhalten muss, um auf Hilfeersuchen im Katastrophenfall angemessen reagieren zu können. Wann immer die EU Katastrophenhilfe leistet, muss sie verlässlich über diese Einrichtungen verfügen können. Die angegebenen Kapazitäten sind auf den Erfahrungen mit dem Gemeinschaftsverfahren zur Koordinierung des Katastrophenschutzes basierende Annahmen, die dem **Durchschnittsfall** entsprechen. Sie reichen nicht aus, um auf Katastrophen außergewöhnlichen Umfangs oder in Fällen außergewöhnlicher Dringlichkeit zu reagieren. Sie sind aber eine vernünftige Basis für eine angemessene Reaktion der Gemeinschaft auf Katastrophen der oben genannten Arten.

Benötigte Leistung	Erforderlich in folgenden Katastrophenfällen	Erforderliche Art von Ausrüstung/ Personal	Zeit bis zur Einsatzbereitschaft <sup>35</sup> (Stunden)	Durchschnittliche/ geschätzte Stärke der Mannschaft	Mindestzahl für eine glaubwürdige europäische Katastrophenhilfe
1. Pumpen und Entwässern	Überschwemmungen	• Pumpen mittlerer bis hoher Förderleistung mit Personal	12	15	15
2. Entkeimen und Reinigen von Trinkwasser	Überschwemmungen/CBRN	• Wasserreinigungsanlage mit Personal	12	20	10
3. Medizinische Nothilfe	Alle	• Notarztteams • Feldlazarette (nach WHO-Definition <sup>36</sup> )	6 6	15-25 25-35	20 10 <sup>37</sup>
4. Ausfliegen von Kranken <sup>38</sup>	Alle	• Spezialflugzeuge mit Personal	6	25	10 <sup>39</sup>
5. Brandbekämpfung aus der Luft	Waldbrände	• Löschflugzeuge mit Personal	12	3-5	10
6. Such- und Rettungsdienste	Erdbeben	• USAR team	6	25-35	10
7. Massendekontamination	CBRN	• Dekontaminierungsteams	6	25	40 <sup>40</sup>
8. Bergung von Öl	Ölpest	• Spezialschiffe	12	10-20	4 (EMSA)
9. Lufttransport	Alle	• Langstreckenflugzeuge des strategischen Lufttransports zur Beförderung von Hilfsgütern aus der EU in das betroffene Land • Massenevakuierung europäischer Bürger • Hubschrauber zur Beförderung mittlerer und schwerer Lasten von Ort (z. B. abgelegene/unzugängliche Regionen)	6 6 6	3-5 5 3	10 10 5
10. Opferidentifizierung	Alle	• Identifizierungsteams (einschl. forensischer Mediziner und Zahnmediziner und Fingerabdruckexperten)	12	4-10	5

35. Das ist die Zeit von der Alarmierung bis zur Abfahrbereitschaft.

36. Ein Feldlazarett definiert die WHO als mobile, autonome Einheit (aus Zelten, Tragflughallen oder Containermodulen) mit mindestens 10 Betten, mindestens einem OP und einer Grundausstattung mit Labor- und Diagnoseeinrichtungen einschließlich eines mobilen Röntgengerätes.

37. Die jederzeit garantierte Mindestkapazität läge also bei 100 Patienten.  
38. Beförderung von Kranken auf dem Luftweg zu einer Behandlungseinrichtung unter ärztlicher Aufsicht.

39. Damit läge die geschätzte ständig verfügbare Mindestkapazität bei 250 Patienten.

40. Geschätzte Kapazität: 30 Personen pro Team und Stunde. Jede Einheit kann höchstens 6 Stunden arbeiten.

### 3. Humanitäre Hilfe

Die von der Kommission organisierte humanitäre Hilfe ist Bestandteil der globalen Reaktion der EU auf Krisen, Konflikte und Entwicklungsprobleme in Drittländern. Ihre Verbindung zur Entwicklungspolitik wurde zunächst im Nachfeld mit der Verknüpfung von Soforthilfe, Rehabilitation und Entwicklung (SRE) geschaffen. Im Vorfeld wurde Katastrophenvorsorge vor allem aus dem Haushalt für humanitäre Hilfe finanziert, aber auch andere Dienststellen der Kommission bezogen sie in ihre Tätigkeit ein, nachdem sie dafür sensibilisiert worden waren.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist die humanitäre Hilfe noch verbesserungsfähig. Folgendes ist notwendig:

→ **ECHO muss befähigt werden, eine ausreichende Zahl von Experten mit geeigneter Qualifikation an einen neuen Einsatzort zu entsenden.** Hierzu wurden erhebliche Anstrengungen unternommen. Zusätzliche Experten wurden eingestellt und bei den Vereinten Nationen und beim Roten Kreuz (UNDAC und FACT) in Soforthilfe geschult. Diese Anstrengungen müssen auch nach ersten Erfolgen (wie in Pakistan im Oktober 2005) fortgesetzt werden.

→ **Das bedarfsorientierte Konzept muss weiter verfolgt werden.** Ereignisse wie der Tsunami lösen eine Welle der Spendenbereitschaft bei privaten wie öffentlichen Stellen aus. Leider erfahren die meisten Katastrophen und Krisen nicht so viel Aufmerksamkeit von den Medien und lösen nicht solche Reaktionen aus. Die Kommission muss dafür sorgen, dass humanitäre Hilfe überall dort ankommt, wo sie gebraucht wird, und die Mitgliedstaaten und die anderen Geber auf Krisen aufmerksam zu machen, die in Vergessenheit geraten sind.

→ **Die Koordinierung muss verbessert werden.** Das ist in allen Phasen einer Krise ein Muss. Gerade wenn Soforthilfemaßnahmen notwendig sind, ist Koordinierung am nötigsten und gerade dann ist sie am schwierigsten zu bewerkstelligen. Das liegt an den schwierigen örtlichen Verhältnissen, aber auch an der großen Eile, mit der die Maßnahmen durchgeführt werden müssen, an der großen Zahl der Beteiligten, am Fehlen einer starken Koordinierungsinstanz und an der Neigung der Beteiligten, sich politisch und in den Medien zu profilieren. Diese Schwierigkeiten lassen sich auf zweierlei Art mildern: Man kann dafür sorgen, dass die Koordinierungsinstanz (das Koordinierungsbüro der Vereinten Nationen für humanitäre Hilfe) ihre Aufgabe erfüllen kann und dass sie von den verschiedenen Beteiligten anerkannt wird. Und man kann die Beteiligten (humanitäre Organisationen, Spender, Vereinte Nationen, Hilfsmannschaften, Streitkräfte, nationale Behörden) durch Sensibilisierung, Schulung und praktische Anleitung auf ihren Einsatz vorbereiten.

→ **Die Tätigkeit der humanitären Organisationen muss verbessert werden.** Die Kommission leistet humanitäre Hilfe nicht direkt, sondern beauftragt damit UN-Organisationen, das Rote Kreuz und NRO. Als aktiver Geber unterstützt sie diese Organisationen und gibt ihnen so die Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben, etwa indem sie logistische Ausrüstung (Transport- und Telekommunikationsmittel) und die Anlage von Notvorräten finanziert. Es ist zu prüfen, ob diese Unterstützung erhöht werden kann.

In der nachstehenden Tabelle sind die **Katastrophen aufgeführt, die Hilfe erfordern**. Als erste reagieren stets die örtliche Bevölkerung und die örtlichen Behörden und Organisationen. Bei einem Erdbeben werden die meisten Menschenleben oft von örtlichen und nicht von internationalen Hilfsmannschaften gerettet. Eine wesentliche Voraussetzung zur Verbesserung der humanitären Hilfe ist deshalb, **dass die Fähigkeit örtlicher Stellen zur Bewältigung von Katastrophen verbessert wird**.

**Die Logistik ist im Krisenfall sicher das Wichtigste**, und sie wird am stärksten von den besonderen örtlichen Verhältnissen beeinflusst. **Die internationale humanitäre Hilfe wird erleichtert, wenn die benötigten Güter sich in der Nähe finden – in lokalen oder regionalen Vorratslagern.**

**Für den Transport** ist nicht nur von Bedeutung, wie schnell Fahrzeuge beschafft werden können, sondern **vor allem, wie nahe sie dem Einsatzort sind**. Hat sich eine Katastrophe in einem schwer zugänglichen Gebiet ereignet, sodass der Einsatz von Militärfahrzeugen notwendig ist, dann ist entscheidend, dass solche Fahrzeuge aus kurzer Entfernung herangeschafft werden können. So befanden sich die notwendigen Militärfahrzeuge in Afghanistan, als in Pakistan die Erde bebte.

	ART DER KATASTROPHE	ART DER INTERNATIONALEN SOFORTHILFE	DURCHSCHNITT- LICHE DAUER DER SOFORTHILFE	UNTERSTÜTZENDE MAßNAHMEN	VORHANDENE KAPAZITÄTEN
1	<b>Erdbeben und Tsunami</b>	A. Medizinische Versorgung, Unterkünfte, Haushaltsartikel, Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung B. Nahrungsmittelhilfe	6 Monate	Anlegen von Vorräten an Non-Food-Erzeugnissen wie Zelte und Decken in der Nähe	Mobile Krankenstationen, Sanitärmodule des Roten Kreuzes. Notvorräte an Medizinprodukten bei verschiedenen Organisationen
2	<b>Überschwemmung, Erdbeben</b>	A. Unterkünfte, Haushaltsartikel, Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung B. Medizinische Versorgung, Nahrungsmittelhilfe	6 Monate	Anlegen von Vorräten an Non-Food-Erzeugnissen wie Zelte und Decken in der Nähe	Sanitärmodule des Roten Kreuzes
3	<b>Tropische Stürme</b>	A. Medizinische Versorgung, Unterkünfte, Haushaltsartikel, Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung B. Nahrungsmittelhilfe	6 Monate	Anlegen von Vorräten an Non-Food-Erzeugnissen wie Zelte und Decken in der Nähe	Sanitärmodule des Roten Kreuzes
4	<b>Seuchen</b>	A. Medizinische Versorgung (Impfung)	3 Monate	Vereinbarungen mit Impfstoffherstellern	
5	<b>Vulkanausbruch</b>	A. Medizinische Hilfe, Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung B. Unterkünfte, Nahrungsmittelhilfe, Haushaltsartikel	3 Monate		Sanitärmodule des Roten Kreuzes
6	<b>Dürre (Hungersnot)</b>	A. Nahrungsmittelhilfe, Medizinische Versorgung, Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung B. Unterkünfte, Haushaltsartikel	6 bis 12 Monate	Anlegen von Vorräten an Spezialnahrung wie Gebäck mit hohem Proteingehalt (HPB)	
7	<b>Konflikte: örtliche Bevölkerung</b>	A. Nahrungsmittelhilfe, Medizinische Versorgung, Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, Haushaltsartikel B. Unterkünfte, Entminung	6 Monate nach Stabilisierung der Lage	Anlegen von Vorräten an Non-Food-Erzeugnissen in der Nähe	Mobile Krankenstationen, Sanitärmodule des Roten Kreuzes. Notvorräte an Medizinprodukten bei verschiedenen Organisationen
8	<b>Konflikte: Flüchtlinge und Binnenvertriebene</b>	A. Nahrungsmittelhilfe, Medizinische Versorgung, Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, Haushaltsartikel, Unterkünfte B. Entminung	6 Monate nach Stabilisierung der Lage	Anlegen von Vorräten an Non-Food-Erzeugnissen in der Nähe	Mobile Krankenstationen, Sanitärmodule des Roten Kreuzes. Notvorräte an Medizinprodukten bei verschiedenen Organisationen



## 4. Reaktion auf politische Krisen

Auf der Grundlage der Erfahrung mit dem seit fünf Jahren bestehenden Krisenreaktionsmechanismus und mit den zwölf laufenden nichtmilitärischen Krisenbewältigungsmaßnahmen lässt sich sagen: Eine bessere Reaktion auf bestimmte in der Europäischen Sicherheitsstrategie angesprochene Bedrohungen setzt eine optimale **Koordinierung zwischen der zivilen ESVP-Komponente und den Gemeinschaftsinstrumenten** voraus. Die zivile ESVP-Komponente hat die Außenbeziehungen der EU in den letzten Jahren um eine bedeutende **politische Dimension** erweitert. Die Bestrebungen müssen unter Einsatz der Gemeinschaftsinstrumente fortgesetzt werden.

**Zu bewerten ist die Wahl der Instrumente**, mit denen die Europäische Union solche Krisen reagiert, wobei Folgendes zu berücksichtigen ist:

➔ **der quasi-staatliche oder Exekutivcharakter der Mission** – wie etwa bei der Beratungs- und Unterstützungsmission im Zusammenhang mit der Reform des Sicherheitssektors im Kongo (EUSEC RD Congo) und der Polizeimission der Europäischen Union für die Palästinensischen Gebiete (EUPOL COPPS);

➔ **die Fähigkeit zum sofortigen Eingreifen**: Die ESVP-Missionen sind Sofortmaßnahmen der EU (unter der politischen Leitung des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees - COPS) und wie folgt gekennzeichnet: a) Das für nichtmilitärische Krisenbewältigungsmaßnahmen benötigte Personal wird von den Stellen bereitgestellt, die hoheitliche Aufgaben erfüllen (Polizei, Justiz usw.). b) Dieses Personal ist schnell einsetzbar und untersteht einem EU-Missionschef. c) Die gemeinsamen Entscheidungen über einen Einsatz werden innerhalb kürzester Zeit getroffen. d) solche Missionen werden direkt von einem EU-Missionschef geleitet. e) Das Ergebnis solcher Missionen wird innerhalb eines Jahres bewertet, manchmal auch innerhalb von sechs Monaten, da die Missionen von kurzer Dauer sind.

➔ **Bewältigung politischer Risiken**: Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee setzt sich zusammen aus den Botschaftern der Mitgliedstaaten, die unmittelbar ihren Regierungen unterstehen, und ist damit der Höhe der mit den Maßnahmen verbundenen politischen Risiken angemessen.

**Einsätze in Ländern mit besonderer politischer und Sicherheitslage** können nur in **enger Zusammenarbeit** mit den Mitgliedstaaten durchgeführt werden.

Die am 1. Februar 2006 bei der Generaldirektion Außenbeziehungen der Europäischen Kommission eingerichtete **Krisenplattform** arbeitet gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und dem Generalsekretariat des Rates an kohärenten Konzepten für die nichtmilitärische Krisenbewältigung.

**Sie hat folgende Aufgaben:**

➔ **Entwicklung von Instrumenten für die wirksame Reaktion der EU auf politische Krisen**. Die Krisenplattform bemüht sich, durch Verbesserung der Finanzierung und Logistik das Anlaufen von ESVP-Missionen vor Ort weiter zu beschleunigen. Sie arbeitet auch mit dem Generalsekretariat des Rates zusammen, das gemeinsame EU-Teams für die Lagebeurteilung aufstellen will. Diese Bemühungen müssen durch eine gemeinsame Schulung ergänzt werden, damit das Eingreifen der EU noch wirksamer wird.

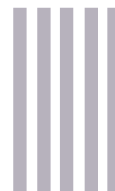
➔ **Ausarbeitung und Durchführung von Krisenbewältigungsmaßnahmen**. Der Krisenreaktionsmechanismus und das künftige Instrument für Stabilität sind Instrumente, mit denen die EU **auf Krisen reagieren** kann.

➔ **Eine der Aufgaben der kommenden Jahre** wird darin bestehen, die Delegationen der Kommission in Drittländern für die Krisenbewältigung zu mobilisieren.

## 5. Hilfe für europäische Bürger

- ➔ **Bevor es zu einer Krise kommt**, müssen die europäischen Bürger darüber informiert werden, was im Falle einer Krise in einem Nicht-EU-Land zu tun ist. Auf Flughäfen und an anderen Orten wie Reisebüros, Kataloge der Reiseveranstalter, Presse usw. sollte eine Informationskampagne für die Öffentlichkeit veranstaltet werden.
- ➔ **Die Angehörigen der Konsulate sollten geschult und auf den neuesten Informationsstand gebracht werden.** Sie sollten u. a. informiert werden über die rechtlichen Grundlagen, die geltenden internationalen Übereinkommen, die Interventionsverfahren, die Identifizierung von Personen, Recherchen vor Ort, die Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden und die internationalen Verkehrsverträge (zur Rückführung Überlebender).
- ➔ Zwischen den Konsulaten sollte ein **Informationsaustausch** stattfinden: über die Verfahren für den Heimtransport von Opfern entsprechend den geltenden Übereinkommen, über die Bestimmungen für die Erteilung von Visa, über Reisedokumente und Passierscheine, über den Schutz von auf Dauer im Lande ansässigen Personen und über die im Falle einer Pandemie für in die EU zurückkehrende Personen geltenden Vorschriften zum Schutz der öffentlichen Gesundheit (internationale Übereinkommen).
- ➔ Die **Delegationen der Kommission** könnten praktische und logistische Unterstützung leisten: Sie können etwa EU-Vertreter zu Treffen mit Vertretern der Regierung oder der örtlichen Behörden begleiten, Kontakte zwischen den EU-Teams und der Polizei, den Krankenhäusern usw. herstellen, an der Aktualisierung der Evakuierungspläne mitwirken, um sicherzustellen, dass die Hilfsteams erfasst werden, und Verbindung zu dem im Rahmen des Gemeinschaftsverfahrens für den Katastrophenschutz tätigen Überwachungs- und Informationszentrum halten. Mit seinem Netz, das rund um die Uhr Kontakt zu den Mitgliedstaaten ermöglicht, kann dieses Zentrum operative Hilfe leisten, insbesondere durch Austausch von Information darüber, was die Mitgliedstaaten zur Identifizierung von Opfern, zur Rückführung von Personen und zur Evakuierung von Kranken benötigen.





# Anhänge

## Anhang 1- Auftragsbeschreibung

**Wolfgang Schüssel**  
President  
of the European Council

**José Manuel Barroso**  
President  
of the European Commission

**2/209 30 -01- 2006**

Vienna and Brussels, January 2006

Excellency,

We would like to invite you to undertake a study of the European Unions role in responding to crises with a particular focus on consular assistance during disasters and other similar emergency situations in third countries. Such a contribution would make the added value of the EU visible to European citizens and would therefore provide also a concrete contribution to the concept of "citizenship of the European Union".

Tragedies like the Asian Tsunami have revealed that this is an area where our citizens would strongly support a bigger and more visible role for the Union. Solidarity, protection and assistance are particularly important under those most challenging situations that can exceed the capacities of individual Member States to deal with them rapidly, efficiently and comprehensively.

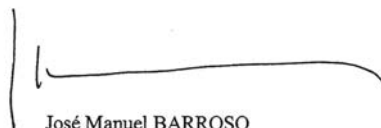
Specifically, the mandate that we have in mind for your work is to develop options and recommendations for the possible further development of EU capabilities in terms of coordination and cooperation and in order to ensure a coherent and visible EU presence. The aim should be to build on what already exists, based on the work done in the action plan developed in the post-Tsunami period. In conducting this work, we would naturally expect you to work closely with the relevant actors in the Commission and the Council Secretariat as well as the competent authorities in Member States, the European Parliament and other internal and external stakeholders.

You should aim to complete your report by May 2006 in view of the report of the Austrian Presidency for the European Council of June 2006.

The European Commission would envisage appointing you as a Special Advisor to the President for the purposes of this work.

Yours sincerely,

  
Wolfgang SCHÜSSEL

  
José Manuel BARROSO

HE Mr. Michel Barnier  
5, rue des grands Augustins  
F-75006 Paris

## Anhang 2 - Instrumentarium der Europäischen Union

Instrument Maßnahme	KRM	EEF	ALA	CARDS	TACIS	MEDA	Katastrophenschutz	Minenbekämpfung	EIDM	NRO-Kofinanzierung	Wiedereingliederung	Entwurzelte Menschen	Ernährungssicherheit	ECHO	Förderregionen
	alle	Afrika, Pazifik, Karibik	Asien, Lateinamerika	Südosteuropa	Osteuropa, Zentralasien	Mittelmeerraum	alle	alle	alle	alle Entwicklungsländer	alle außer Südosteuropa	Asien, Lateinamerika	alle	alle	
Humanitäre Hilfe	✓	✓					✓					✓	✓	✓	
Nahrungsmittelhilfe	✓	✓										✓	✓	✓	
Ernährungssicherheit	✓	✓										✓	✓		
Existenzsicherung und Sicherheit für Flüchtlinge/ Rückkehr und Wiedereingliederung von Flüchtlingen	✓	✓		✓		✓	✓		✓	✓	✓	✓		✓	
Nichtmilitärische Soforthilfe	✓	✓	✓				✓				✓	✓			
Minenbekämpfung	✓	✓	✓	✓			✓	✓			✓			✓	
Rehabilitation	✓	✓	✓	✓								✓			
Wiederaufbau	✓	✓	✓	✓							✓				
Infrastruktur- entwicklung	✓	✓		✓	✓	✓									
Wirtschaftliche Entwicklung	✓	✓	✓	✓	✓	✓									
Finanzielle Unterstützung		✓	✓			✓									
Festigung der Demokratie	✓	✓	✓	✓	✓	✓			✓	✓					
Rechtsstaatlichkeit	✓	✓	✓	✓	✓	✓			✓	✓					
Institut., rechtl. und ordnungspol. Rahmenbedingungen	✓	✓	✓	✓	✓	✓			✓	✓					
Menschenrechte	✓	✓	✓	✓	✓	✓			✓	✓					
Wahlen	✓	✓							✓						
Konflikt- verhütung	✓	✓	✓	✓					✓						
Zoll-/Grenz- verwaltung	✓	✓	✓	✓	✓	✓					✓				

## Anhang 3 - Wiedereingliederung und Wiederaufbauhilfe für die vom Tsunami betroffenen Länder

EU-FINANZ- HILFEN	BEWILLIGTE- HILFEN	MITTEL- BINDUNG 2005	GEBUNDENE/ BEWILLIGTE MITTEL IN %	BIS Nov. 2005 AUSGEZAHLTE MITTEL	AUSGEZAHLTE/ GEBUNDENE MITTEL IN %
<b>Kommission</b>	<b>350.000.000</b>	<b>169.215.000</b>	<b>48%</b>	<b>75.675.516</b>	<b>45%</b>
Österreich	44.000.000	16.662.309	38%	7.167.187	43%
Belgien	15.000.000	7.600.000	51%	12.050.000	159%
Zypern	309.289	309.289	100%	274.009	89%
Tschechische Republik	8.000.000	6.300.000	79%		
Dänemark	29.600.000	30.834.000	104%	19.572.900	63%
Finnland	30.000.000	14.320.000	48%	3.700.000	26%
Frankreich	23.000.000	25.000.000	109%	24.000.000	96%
Deutschland	457.444.300	222.000.000	49%	76.250.000	34%
Griechenland	11.500.430	11.500.000	100%	700.000	6%
Ungarn	16.172.000	1.133.796	7%	1.150.000	101%
Irland	10.935.000	10.950.465	100%	9.690.965	88%
Italien	115.000.000	75.000.000	65%	31.700.000	42%
Luxemburg	3.700.000	3.700.000	100%	1.003.000	27%
Malta	1.060.000	1.060.000	100%	470.000	44%
Niederlande	237.609.411	184.805.809	78%	64.022.264	35%
Polen	400.000	247.000	62%	247.000	100%
Portugal	8.000.000	5.058.112	63%	3.000.000	59%
Slowakei	256.000	256.000	102%	196.000	77%
Slowenien	284.000	284.000	100%	284.000	100%
Spanien	11.626.000	10.958.000	94%	1.365.000	12%
Schweden	32.000.000	43.313.000	135%	11.935.000	28%
Vereinigtes Königreich	64.908.000	61.700.000	95%	22.430.000	36%
<b>SUMME</b>	<b>1.470.804.430</b>	<b>902.206.780</b>	<b>61%</b>	<b>366.882.841</b>	<b>41%</b>



## Anhang 4 - Im Rahmen des Auftrags geführte Gespräche

### I - Europäische Organe

#### Rat der Europäischen Union

**Javier SOLANA**, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union/ Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

**Pierre de BOISSIEU**, Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union – Stellvertretender Generalsekretär

**Gijs de VRIES**, Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union – Koordinator für Terrorismusbekämpfung

**Robert COOPER**, Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union – Generaldirektor für Außenwirtschaftsbeziehungen, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

**Jean-Paul PERRUCHE**, Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union – Generalleutnant, Leiter des Generalstabes der Europäischen Union

**William SHAPCOTT**, Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union – Direktor des Gemeinsamen Lagezentrums der Europäischen Union

**Patrice BERGAMINI**, Mitglied des Kabinetts des Generalsekretärs/ Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

**Cesira d'ANIELLO**, Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union – Leiterin der Koordinationsabteilung, Assistentin des Generaldirektors

#### Europäisches Parlament

**Elmar BROK**, Leiter des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments

#### Europäische Kommission

**Jacques BARROT**, Vizepräsident der Europäischen Kommission, Geschäftsbereich Verkehr

**Franco FRATTINI**, Vizepräsident der Europäischen Kommission, Geschäftsbereich Justiz, Freiheit und Sicherheit

**Benita FERRERO-WALDNER**, Mitglied der Europäischen Kommission, Geschäftsbereich Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik

**Louis MICHEL**, Mitglied der Europäischen Kommission, Geschäftsbereich Entwicklung und humanitäre Hilfe

**Stavros DIMAS**, Mitglied der Europäischen Kommission, Geschäftsbereich Umwelt

**José CUTILIERO**, Sonderberater des Präsidenten der Europäischen Kommission

**Joao VALE DE ALMEIDA**, Chef des Kabinetts von José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission

**Fernando ANDRESEN GUIMARAES**, Mitglied des Kabinetts von José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission

**Patrick CHILD**, Chef des Kabinetts von Benita Ferrero-Waldner, Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik

**Benoît LE BRET**, Chef des Kabinetts von Jacques Barrot, Vizepräsident der Europäischen Kommission, Geschäftsbereich Verkehr

**Eneko LANDABURU**, Generaldirektor, Generaldirektion Außenbeziehungen

**Antonio CAVACO**, Generaldirektor der Generaldirektion Humanitäre Hilfe (ECHO) der Europäischen Kommission

**Jonathan FAULL**, Generaldirektor, Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit

**Peter CARL**, Generaldirektor, Generaldirektion Umwelt

**Stefano SANNINO**, Direktor Krisenplattform und politische Koordinierung der GASP, Generaldirektion Außenbeziehungen

**Thierry DE SAINT MAURICE**, Direktor Außendienst, Generaldirektion Außenbeziehungen

**Paul WEISSENBERG**, Direktor Luft- und Raumfahrtindustrie, Sicherheit, Verteidigung und Ausrüstung, Generaldirektion Unternehmen und Industrie

**Ulrich KNÜPPEL**, Berater, Generaldirektion Außenbeziehungen

**Philippe WILLAERT**, Berater, Generaldirektion Außenbeziehungen

## Delegationen/Vertretungen der Europäischen Kommission

**Fernando VALENZUELA**, Leiter der Delegation der Europäischen Kommission bei den Vereinten Nationen in New York  
**Reijo KEMPPINEN**, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission im Vereinigten Königreich  
**Gerhard SABATHIL**, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland  
**May Ann RAMSAY**, Stellvertretende Leiterin der Europäischen Kommission in Schweden  
**Charles-Michel GEURTS**, Delegation der Europäischen Kommission bei den Vereinten Nationen in New York

## II - Mitgliedstaaten der Europäischen Union

### Deutschland

**Wolfgang SCHAÜBLE**, Bundesminister des Inneren  
**Reinhard SILBERBERG**, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes  
**Peter ALTMAIER**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren

#### Bundesministerium des Inneren

**Joachim STEIG**, Leiter der Abteilung Innere Sicherheit  
**Lothar FREISCHLADER**, Botschaftsrat und innenpolitischer Referent beim Bundesministerium des Inneren

#### Auswärtiges Amt

**Peter TEMPEL**, Leiter der Europaabteilung  
**Dr. Heinz-Peter BEHR**, Leiter des Krisenreaktionszentrums

### Österreich

**Ursula PLASSNIK**, Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten  
**Liese PROKOP**, Bundesministerin des Inneren

#### Bundesministerium des Inneren

**Barbara FISCHER**, Kabinettsmitglied  
**Peter WIDERMANN**, Stellvertretender des Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit, Vorsitzender der SCIFA  
**Doris ITA**, Leiterin der Abteilung Zivilschutz  
**Petra UNTERWEGER**, Zivilschutz  
**Karin ZETTELMAHN**, Zivilschutz  
**Susanne KLEIN**, Internationale Angelegenheiten

#### Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

**Thomas OBERREITER**, Kabinettsmitglied  
**Johannes KYRLE**, Botschafter, Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten  
**Elisabeth TICHY-FISSELBERGER**, Botschafterin, Stellvertretende Leiterin der Sektion für Wirtschafts- und Europapolitik im Außenministerium, Leiterin der Abteilung für EU-Grundsatzfragen und institutionelle Fragen im BMaA  
**Wolfgang PAUL**, Botschafter, Leiter der Rechts- und Konsularsektion  
**Peter LAUNSKY-TIEFFENTHAL**, Bevollmächtigter Minister, Außenministerium  
**Karl PRUMMER**, Abteilung für Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Leiter des Referats Europäische Sicherheitspolitik  
**Kathrin BLANCK-PUTZ**, Abteilung Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik  
**Franz HÖRLBERGER**

## Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union

**Gregor WOSCHNAGG**, Botschafter, Ständiger Vertreter Österreichs bei der Europäischen Union, Präsident des Ausschusses der Ständigen Vertreter  
**Jutta EDTHOFER**, Zweite Sekretärin, Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union

## Dänemark

### Ständige Vertretung Dänemarks bei der Europäischen Union

**Jorgen A. GAMMELGAARD**, Stellvertreter des Vertreters beim Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee

## Finnland

### Ständige Vertretung Finnlands bei der Europäischen Union

**Teemu TANNER**, Botschafter, Vertreter Finnlands beim Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee

**Miia ARO-SANCHEZ**, Zweite Sekretärin, Koordinatorin des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (Nicolaidis)

**Henriika LEPPÖ**, Ständige Vertretung Finnlands bei der Europäischen Union, Rechtsfragen

**Tuula TURUNEN**, Beraterin, Ständige Vertretung Finnlands bei der Europäischen Union

## Frankreich

**Nicolas SARKOZY**, Minister für innere Angelegenheiten und Raumordnung  
**Catherine COLONNA**, Beigeordnete Ministerin für europäische Angelegenheiten

### Ministerium für innere Angelegenheiten und Raumplanung

**David MARTINON**, Außenpolitischer Berater, Mitglied des Kabinetts von Nicolas Sarkozy, Minister für innere Angelegenheiten und Raumordnung

**Gérard COURTOIS**, Berater für zivile Sicherheit, Mitglied des Kabinetts von Nicolas Sarkozy, Minister für innere Angelegenheiten und Raumordnung

**Christian GALLIARD de LAVERNEE**, Direktor der Direktion für Verteidigung und zivile Sicherheit (DDSC)

**Didier LOPINOT**, Leiter der Mission für internationale und europäische Angelegenheiten

**Philippe OTT**, Referent für internationale und europäische Angelegenheiten

### Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

**Jean-Louis FALCONI**, Leiter der Abteilung für Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

**Gilles BRIATTA**, Leiter der Abteilung für europäische Zusammenarbeit

**Philippe SETTON**, beigeordneter Direktor für allgemeine Angelegenheiten und die Zukunft der Europäischen Union

### Ständige Vertretung Frankreichs bei der Europäischen Union

**Pierre SELLAL**, Botschafter, Ständiger Vertreter Frankreichs bei der Europäischen Union

**Christine ROGER**, Botschafterin, Vertreterin Frankreichs beim Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee

**Jérôme MONTANT**, Berater, Ständige Vertretung Frankreichs beim Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der Europäischen Union

**Erkki MAILLARD**, Ständige Vertretung Frankreichs beim Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der Europäischen Union

**François-Xavier BOURGES**, Berater für Justiz und Inneres

## Italien

Gianfranco FINI, Minister für auswärtige Angelegenheiten  
Gianni LETTA, Staatssekretär im Präsidium des Italienischen Ministerrates

### Präsidium des Italienischen Ministerrates – Abteilung für Katastrophenschutz

Guido BERTOLASO, Abteilungsleiter  
Agostino MIOZZO, Leiter des Büros für internationale Beziehungen  
Alessandro BARISICH, Hauptberater für internationale Angelegenheiten  
Elvira CASTELLANO, Beauftragte für Europafragen

### Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Botschafter Paolo PUCCI di BENISICHI, Generalsekretär  
Botschafter Ferdinando NELLI FEROCI, Generaldirektor für Europäische Integration  
Luca GIANSAINTI, Europakorrespondent, GASP- und ESVP-Koordinator  
Elisabetta BELLONI, Leiterin des Krisenstabs

## Luxemburg

Jean-Louis SCHILTZ, Minister für Entwicklungszusammenarbeit und Verteidigung

### Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Marc BICHLER, Direktor für Entwicklungszusammenarbeit

## Vereinigtes Königreich

Douglas ALEXANDER, Minister für auswärtige Angelegenheiten

### Kabinett des Premierministers

Kim DARROCH, Europapolitischer Berater des Premierministers und Leiter des EU-Sekretariats  
Catherine DAY, Sachbearbeiterin für EU-Außenbeziehungen im EU-Sekretariat  
Pete ROSE, Verteidigungsministerium

### Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Paul SIZELAND, Leiter der Konsulardienste des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten  
David FITTON, Leiter des konsularischen Krisenstabs  
Bruce MANN, Leiter der Abteilung für Katastrophenschutz  
Peter TALANTIRE, Direktor, Evaluierung, Verpflichtungen und Gesetzgebung  
Charlotte VAN BAAK, Diplomatin

### Abteilung für Internationale Entwicklung

Jim DRUMMOND, Direktor, Leiter der Abteilung Vereinte Nationen und humanitäre Hilfe  
Jack JONES, Abteilung Konflikte und humanitäre Angelegenheiten

### Ständige Vertretung des Vereinigten Königreichs bei der Europäischen Union

Vincent DEVINE, GASP- und ESVP-Berater, Stellvertreter des Vertreters beim Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee

## Schweden

Leni BJÖRKLUND, Ministerin der Verteidigung  
Hans DAHLGREN, Staatssekretär des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten

## Verteidigungsministerium

**Johan RAEDER**, Direktor, Leiter der Abteilung für internationale Angelegenheiten und Sicherheitspolitik  
**Olle JONSSON**, Direktor, Internationale Beziehungen, Abteilung für zivile Angelegenheiten  
**Susanna LIF**, Politische Beraterin  
**Lennart JOHANSSON**, Sachverständiger

## Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

**Fredrik JÖRGENSEN**, Stellvertretender Generaldirektor, Leiter der Abteilung für konsularische Angelegenheiten und Zivilrecht  
**Charlotte WRANGBERG**, Direktorin der Abteilung für konsularische Angelegenheiten und Zivilrecht  
**Tommy ANDERSSON**, Europakoordinator, Abteilung für konsularische Angelegenheiten und Zivilrecht  
**Carl-Magnus HYLTENIUS**, Generaldirektor für konsularische Angelegenheiten

## Botschaft Schweden in Frankreich

**Frank BELFRAGE**, Schwedischer Botschafter in Paris  
**Anna HAMMARGREN**, Bevollmächtigte Ministerin

## Ständige Vertretung Schwedens bei der Europäischen Union

**Pia ÖVELIUS**, Verteidigungspolitische Beraterin  
**Björn LYRVALL**, Botschafter, Vertreter Schwedens beim Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee

## III - Drittstaaten

### Kanada

**Shawn BARBER**, Direktor, Konfliktverhütung und Gruppe Friedenserhaltung  
**Elissa GOLBERG**, Direktorin, Humanitäre Angelegenheiten und Gruppe Hilfsmaßnahmen bei Katastrophen  
**Wendy GILMOUR**, Direktorin, Gruppe Friedenserhaltende Maßnahmen  
**Kevin O'SHEA**, Gesandter, stellvertretender Missionsleiter, Kanadische Mission bei der Europäischen Union  
**Catherine BOUCHER**, Erste Botschaftssekretärin, Politische Angelegenheiten, Kanadische Mission bei der Europäischen Union

## IV - Organisation der Vereinten Nationen

**Margareta WAHLSTROM**, UN-Sondergesandte für humanitäre Hilfe und stellvertretende Koordinatorin der UN-Soforthilfe, Abteilung Koordinierung humanitärer Angelegenheiten  
**Wolfgang WEISBROD-WEBER**, Amtierender Direktor der Abteilung Europa und Lateinamerika, Abteilung Friedenserhaltende Maßnahmen (DPKO)  
**Louise FRECHETTE**, Vize-Generalsekretärin der Vereinten Nationen

## V - Rotes Kreuz

**Professor Jean-François MATTEI**, Vorsitzender des Französischen Roten Kreuzes  
**Antoine PEIGNEY**, Direktor, Internationale Beziehungen und Hilfsaktionen  
**Luc HENSKENS**, Direktor des Europa Büros des Roten Kreuzes



## VI - Institut für Sicherheitsstudien

Nicole GNESOTTO, Direktorin des Instituts für Sicherheitsstudien

## VII - Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC)

Zsuzsanna JAKAB, Direktorin des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten

Prof. Johan GIESECKE, Leiter des Referats „Wissenschaftlicher Rat“

Dr. Denis COULOMBIER, Leiter des Referats „Vorbereitung und Reaktion“

Dr. Andrea AMMON, Leiter des Referats „Überwachung und Kommunikation“

## VIII - Europäische Weltraumagentur

Jean-Jacques DORDAIN, Generaldirektor

Claudie HAIGNERE, ehemalige beigeordnete Ministerin für Forschung und neue Technologien; ehemalige beigeordnete Ministerin für europäische Angelegenheiten

Mein Dank gilt auch den Mitgliedern der informellen Gruppe, die ich innerhalb der Europäischen Kommission gebildet habe, und die mir ihr Fachwissen zur Verfügung gestellt haben: **Antonio CAVACO**, Generaldirektor der Generaldirektion Humanitäre Hilfe (ECHO) der Europäischen Kommission; **Johannes LUCHNER**, Referatsleiter, Generaldirektion Humanitäre Hilfe (ECHO) der Europäischen Kommission; **Henrike TRAUTMANN**, Assistentin des Generaldirektors der Generaldirektion Humanitäre Hilfe (ECHO) der Europäischen Kommission; **Hervé DELPHIN**, Mitglied des Kabinetts von Louis Michel, für Entwicklung und humanitäre Hilfe zuständiges Kommissionsmitglied; **Hubert GAMBS**, Mitglied des Kabinetts von Frau Ferrero-Waldner, für Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik zuständiges Kommissionsmitglied; **Vincent GUEREND**, Mitglied des Kabinetts von Frau Ferrero-Waldner, für Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik zuständiges Kommissionsmitglied; **Pia BUCCELLA**, Direktorin der Direktion „Verantwortungsvolle Staatsführung, Kommunikation und Katastrophenschutz“ der Generaldirektion Umwelt; **Nicolas THERY**, Berater, Generaldirektion Umwelt; **Ranieri SABATUCCI**, Assistent des stellvertretenden Generaldirektors der Generaldirektion Entwicklung; **Olivier LUYCKX**, Assistent des Generaldirektors der Generaldirektion Entwicklung; **Marleen HARFORD**, Direktorin, Generalsekretariat; **Isabelle BENOLIEL**, Hauptberaterin, Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz; **Francisco FONSECA MORILLO**, Direktor, Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit; **Myriam SOCHACKI**, Beraterin, Beratergremium für europäische Politik

## Anhang 5 - Herangezogene Dokumente

Die Arbeiten des Ausschusses der Ständigen Vertreter (COREPER II) (zwischen Januar 2005 und Mai 2006) sowie die Arbeiten der Gruppen des Rates zum Thema Katastrophenschutz und Konsularische Angelegenheiten wurden bei der Ausarbeitung des Berichts berücksichtigt.

Im Einzelnen wurden folgende Dokumente herangezogen:

**21/03/2006:** Bericht über den Solidaritätsfonds der Europäischen Union, erstellt von von Rolf Berend, angenommen vom Regionalentwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments.

**03/03/2006:** Im Namen der Delegation für die Europäische Union erstellter Bericht über Katastrophenschutzmaßnahmen der Gemeinschaft – Paul Girod, Senator, Frankreich.

**13/02/2006 – 15/02-2006:** Bericht über die „Wilton Park“ Konferenz „Verbesserung der Sofortmaßnahmen in Europa“.

**26/01/2006:** KOM (2006) 29 endgültig – Vorschlag für eine Entscheidung des Rates über ein Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz (Neufassung) – SEK (2006)113.

**20/12/2005:** Der Beitrag der EU zu den internationalen Hilfsaktionen für die Opfer der Tsunami-Katastrophe von 2004 – Ergebnisse, weitere Schritte und Erfahrungen – Diskussionspapier – Sitzung hochrangiger Vertreter, Brüssel – Abteilung für internationale Entwicklung, Vereinigtes Königreich.

**29/11/2005:** (Dokument 15106/05 des Vorsitzes und des Terrorismus-Koordinators im Ausschuss der Ständigen Vertreter, Limite) – EU- Nothilfe und Vereinbarungen über die Krisenkoordinierung.

**18/11/2005:** Bericht über die Hilfsmaßnahmen der Kommission für die Opfer der Tsunami-Katastrophe im Indischen Ozean vom 26. Dezember 2004 und über die Verbesserung der Reaktion der EU auf Krisen und Naturkatastrophen in Drittländern.

**09/2005:** Katastrophen, Krankheiten, Störungen: Neue Anstrengungen für die EU, EU-Institut für Sicherheitsstudien.

**10/11/2005:** Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament „Globale Umwelts- und Sicherheitsüberwachung (GMES): Von der Idee zur Wirklichkeit“.

**29/07/2005:** Bericht des dem Premierminister unterstellten interministeriellen Delegierten Jean-Claude Mallet über die Hilfsaktionen Frankreichs für die Tsunami-Opfer.

**20/04/2005:** Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen „Verbesserung der Reaktion der EU auf Krisen und Naturkatastrophen in Drittländern“.

**20/04/2005:** Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen „Verbesserung des Gemeinschaftsverfahrens für den Katastrophenschutz“.

**6/04/2005:** KOM (2005) 113 endgültig – Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Schaffung eines Krisenreaktions- und Vorbereitungsinstruments für Katastrophenfälle.

**28/01/2005:** Dokument des Vorsitzes – Maßnahme im Anschluss an die Außerordentliche Tagung des Rates „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ vom 7. Januar 2005 zum Thema „Erdbeben und Tsunami-Katastrophe im Indischen Ozean“ – Aktionsplan der Europäischen Union.

**13/12/2004:** Generalsekretariat – Das Haager Programm zur Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in der Europäischen Union.

